

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Kulturkampf in Deutschland S. 3

Indisch-pakistanischer Konflikt: Ein Flächenbrand droht S. 7

Warum dem Zwang in den Niedrigstlohn nur auf gerichtlichem Wege beizukommen ist S. 12

IG BAU

leitet Urabstimmung für Arbeitskampf ein S. 15

Stärken und Schwächen der PDS

im Wahljahr 2002 S. 18



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNTEILIG

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl; GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,30 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40 €), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60 €, Sozialabo: 33,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 5 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

SOZIALHILFEREFORM. „Wem nichts fehlt außer Geld, der gehört nicht aufs Sozialamt.“ So bringt Vorsitzende Barbara Stalterfoht die Reformvorschläge des Paritätischen Wohlfahrtsverbands auf den Punkt. Der Verband fordert eine Weiterentwicklung der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt in eine bedarfsorientierte Grundsicherung, die aus dem Bundeshaushalt – und nicht mehr von den Kommunen – finanziert wird. Gegenüber dem Status quo betragen die Mehrkosten dieses Grundsicherungs-Modells des Verbandes 4,37 Milliarden Euro jährlich. Sie könnten ohne zusätzliche Steuern oder Steuererhöhungen finanziert werden, wenn beispielsweise das Ehegattensplitting differenziert und gedeckelt würde, Effizienzreserven in der Verwaltung der administrativen Arbeitsmarktpolitik ausgeschöpft und Schwarzarbeit zurückgedrängt werde. Der Verband schlägt in seinem Konzept ein ganzes Bündel von Reformmaßnahmen vor. Basis ist eine bedarfsorientierte Grundsicherung für alle: für Kinder, allein Erziehende, alte Menschen, Kranke und Arbeitslose – bei letzteren allerdings kombiniert mit Anreizen zur Arbeitsaufnahme. Sozialhilfe als „Hilfe zum Lebensunterhalt“ sollen dann nur noch jene Menschen erhalten, die sich wirklich in einer besonderen persönlichen Notlage befinden. In Anlehnung an die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt umfasst der Grundsicherungsbetrag einen bundeseinheitlichen Grundbetrag für den laufenden Lebensunterhalt (derzeit Regelsatz) plus einer Pauschale für regelmäßige einmalige Leistungen wie für Kleidung, die Kosten für die Kaltmiete, eine Pauschale für Heizkosten und Beiträge zur Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung. (www.paritaet.org)

KAMERADENTREFF: Die Pressestelle des Bundeskriminalamtes teilt mit: Eine türkische Polizeidelegation unter Leitung des Generalsicherheitsdirektors Kemal Önal war von Montag, 27.5.2002, bis heute zu Gast im Bundeskriminalamt (BKA). BKA-Präsident Dr. Klaus-Ulrich Kersten hatte den Generalsicherheitsdirektor bereits kurz nach dessen Amtsantritt im Juli 2001 nach Deutschland eingeladen. Durch die Ereignisse am 11. September 2001 konnte der Besuch erst jetzt stattfinden. Die Gespräche auf Leitungsebene vertiefen den ständigen polizeilichen Dialog zwischen der Türkei und Deutschland. Ziel der gegenseitigen Konsultationen ist die weitere Optimierung der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der international organisierten Kriminalität und des internationalen Terrorismus. Im Bereich der organisierten Kriminalität standen Maßnahmen zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Rauschgiftkriminalität, insbesondere des Heroinschmuggels, im Vordergrund. Daneben wurden auch Kooperationsmöglichkeiten in anderen Kriminalitätsbereichen erörtert. Im BKA-Standort

Meckenheim wurden die türkischen Delegationsmitglieder über aktuelle Schwerpunkte der Abteilung „Polizeilicher Staatsschutz“ bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus informiert. www.bka.de

„SYMPATHISANTEN“ VERFOLGEN. Die Bundesregierung wollte im Zuge des § 129 b, Verfolgung auch von terroristischen Organisationen, die sich nur auf das Ausland beziehen, die Sympathiewerbung als Straftatbestand abschaffen – würde zu oft die Falschen treffen und die Grünen brauchten was als Wächter der Rechtsstaatlichkeit. Jetzt hat der Bundesrat Nein gesagt. In einer PM teilt er mit, dass er am 31. Mai zu diesem Zweck den Vermittlungsausschuss angerufen hat: „Der Bundesrat ist außerhalb der neuen Vorschriften gegen ausländischen Terror der Auffassung, die so genannte ‚Sympathiewerbung‘ für kriminelle bzw. terroristische Vereinigungen müsse strafbares Unrecht sein. Der Strafschutz sei, so der Bundesrat, gerade angesichts der Ereignisse vom 11. September 2001 und des Attentats von Djerba unentbehrlich; es wäre nicht innehmbar, wenn in Deutschland straflos für in- und ausländische Terrororganisationen geworben werden dürfe. Hinzu komme, dass den Strafverfolgungsbehörden durch die Strafflosstellung von Sympathisanten Ermittlungsansätze genommen bzw. nicht gewährt würden, um in die terroristischen Netzwerke eindringen zu können. Daneben fordert der Bundesrat die Einschränkung des Zeugnisverweigerungsrechts für Medienmitarbeiter.“ www.bundesrat.de

ENDLICH: Der Deutsche Bundestag hat am Freitag, den 17. Mai 2002 in 2. und 3. Lesung den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des NS-Unrechts-Aufhebungsgesetzes (BT-Drucksache 14/8276 v. 20.02.2002) beschlossen gegen Stimmen aus der Union und der FDP. Damit werden die gegen Deserteure der Wehrmacht verhängten Urteile der NS-Militärjustiz endlich gesetzlich aufgehoben. Ludwig Baumann, Vorsitzender der Bundesvereinigung, nimmt dazu Stellung:

„Wir können es noch nicht glauben, denn bislang wurde uns die pauschale Aufhebung der gegen uns verhängten Urteile stets verweigert, obwohl an unseren Opfern die blutigste juristische Verfolgung der deutschen Geschichte verbrochen wurde: Von den 48.000 Todesurteilen der gesamten NS-Justiz wurden allein über 30.000 Todesurteile gegen unsere Opfer verhängt ... In die Freude über die Aufhebung unserer Urteile mischt sich auch Trauer und Zorn, denn kaum eines unserer Opfer erlebt die Aufhebung seines Urteils noch. Die wenigen, welche Todeszelle, KZ und Strafbataillon überlebten, sind 57 Jahre lang gedemütigt und vorbestraft verstorben.“

www.friedensratschlag.de

Kulturkampf in Deutschland

Im Jahre 1925 veröffentlichte Lion Feuchtwanger den Roman „Jud Süß“. Mit diesem Roman um die historische Figur des Süß Oppenheimer, in der Mitte des 18. Jahrhunderts Finanzberater des württembergischen Herzogs Karl Alexander, versuchte der große Romanschriftsteller, dem damals bereits gefährlich anschwellenden politischen Antisemitismus mit dem Mittel der Wahrheit, der Aufklärung beizukommen. Der Roman sollte zum Verständnis der kulturgeschichtlichen Beziehungen zwischen Christen und Juden in Deutschland beitragen.

Denselben historischen Stoff schlachtete der Filmregisseur Veit Harlan 1940 zu einem antisemitischen Machwerk („Jud Süß“) aus. Als Vorlage diente ihm eine Novelle von Wilhelm Hauff aus dem Jahre 1927, doch war der Film von Goebbels direkt als „Gegengift“ zu Feuchtwangers Roman und seiner Verfilmung durch Lothar Mendes 1934 angeregt und entsprechend konzipiert. Feuchtwanger hat gegen diese Verfälschung seines Romans heftig protestiert. Jud Süß verkörpert in dem Film alle Stereotype des Antisemitismus: Er ist geldgierig, intrigant, verschlagen, niederträchtig und auf jeden Fall fremd. Höhepunkt ist die Vergewaltigung der „arischen“ Heldin und die „sühnende“ Hinrichtung des Juden. Dass die antisemitische Geschichts- und Romanfälschung möglich war und dabei zu einem gewaltigen Publikumserfolg wurde (über 20 Mio. Zuschauer sahen den Film innerhalb kürzester Zeit), lag an der Bereitschaft des Publikums, die Differenz zwischen Juden und Christen in Deutschland durch die Vernichtung der Juden „aufzuheben“. Lion Feuchtwanger hatte versucht, dieser Gefahr dadurch beizukommen, dass er seine Figuren komplex gestaltete und in ihren kulturellen Ausprägungen und Differenzen zeigte; heute würde man sagen, in der Hoffnung, diese Differenz produktiv zu machen.

Dieser rationalistische, analytische Weg, dem Antisemitismus beizukommen, ist im Kampf mit den Faschisten und ihren Kulturproduzenten unterlegen. Er ist nicht aufgrund mangelnder Qualität seiner Argumente unterlegen, sondern der Gewalt des Staates. Die Ausgrenzungspraxis und das Vernichtungsdenken der Nazis sucht sich seine Legitimationsunterlagen von überall her zusammen. Der kritische, analytische Rationalismus wendet sich an die Urteilskraft des Einzelnen. Er scheiterte hier an einer Bewegung, die den Kultus des Politischen, von Autorität und Führung zum Wesenszug der Lebensgestaltung erhoben und mit der ganzen Gewalt des Staates gestützt und aufgeherrscht hatte.

Nun hat Walser einen Roman geschrieben, der in einem – dies wird wohl von niemandem bestritten – gängigen gesellschaftlichen Konflikt (zwischen Literaturkritiker und Autor) die Differenz zwischen Juden (säkularisiert oder nicht) und Christen (säkularisiert oder nicht) entfaltet. Der Roman liegt öffentlich nicht vor. Trotzdem lässt sich nach dem Studium der vorliegenden Artikel, des Schirmmacher-Briefes in der FAZ, des in der „Welt“ abgedruckten Roman-Auszuges, der kontroversen Kommentare in den Feuilletons, der verschiedenen Stellungnahmen von Walser selbst, von Stellungnahmen von Schriftsteller-Kollegen und von Marcel Reich-Ranicki die Feststellung treffen, dass er Eigenheiten des Literaturkritikers, die durch den kulturellen Hintergrund geprägt sind, bei seiner Romanfigur maßlos verzerrt, dadurch als „Fremdes“ heraus- und dabei zugleich antisemitische Stereotype hineinarbeitet.¹ Ob Walser den christlich-deutsch-germanischen Hintergrund des Schriftstellers ebenso herausstellt wie den jüdischen Hintergrund des Kritikers? Dafür finden sich bisher keine Anzeichen. Der eine scheint wie selbstverständlich Norm, die den anderen zur Abweichung, zum Fremden macht.

Wozu das, und warum gerade jetzt? Warum ist die Sache gefährlich?

Walsers Roman steht im Kontext seiner breit diskutierten und von vielen Seiten mit großem Beifall aufgenommenen Paulskirchen-Rede. Dort warf er die Frage auf, ob die politische Gemeinschaft der BRD in ihrer Willensbildung weiterhin Rücksicht nehmen müsse auf Gefahren, die sich aus ihrer Vergangenheit ergeben.² Walser hat das verneint. Seine Rede war weniger ein Diskussionsbeitrag als eine Tat. Er hat mit dieser Rede getan, was er gefordert hat. Damit fand er Anklang, besonders bei jüngeren Intelligenzlern. Warum?

Oberflächlich konnte man meinen, dass es Walser um die Verteidigung des Rechts auf eine freie Entwicklung der Diskussion gehe. Warum soll ich mich, bloß weil ich Deutscher bin, an der Beurteilung gewisser Fragen, moralischer und politischer, behindert fühlen? Wer mich hindern will, mir ein Urteil zu gewissen Fragen zu bilden und dieses Urteil auszusprechen, beschneidet meine Menschenrechte. So kam Walser an. So funktioniert auch die Verbindung mit dem politischen Liberalismus. So etwa begründet sich die Gegenkritik, die jetzt z.B. in der *Süddeutschen Zeitung* Walser gegen die Angriffe der FAZ in Schutz nimmt.³

Doch wird dabei das freie Urteil mit dem rücksichtslosen verwechselt. Hier trifft sich Walser direkt mit Möllemann, der gegen die Kritik seines Antisemitismus reklamiert: „Man muss in Deutschland Kritik an der Politik Shalons üben können, ohne in diese Ecke geschoben zu werden.“ Tatsächlich war er eingestiegen mit folgender Stellungnah-

me zum Nah-Ost-Konflikt und den palästinensischen Selbstmordattentaten: „Ich würde mich auch wehren, und zwar mit Gewalt: Ich bin Fallschirmjägeroffizier der Reserve. Es wäre dann meine Aufgabe, mich zu wehren. Und ich würde das nicht nur im eigenen Land tun, sondern auch im Land des Aggressors.“ Ihm ging's bei der behaupteten Kritik an Israel – um Deutschland. Was sich als Kritik an Sharon tarnt, ist das wütende Bestreben eines deutschen Fallschirmjägeroffiziers, dem deutschen Gemeinwesen vollendete Ellbogenfreiheit zu verschaffen, alle Mittel zur rücksichtslosen Durchsetzung seiner Interessen zurückzugewinnen, den Krieg wie das Kriegsverbrechen.

Die Verwechslung des freien mit dem rücksichtslosen Urteil ist nicht zwangsläufig. Man kann ihr entkommen.

Die erste, einfachste Möglichkeit besteht darin, die Mitbürger mit jüdischem kulturellem Hintergrund als Teil Deutschlands mitzudenken. Sofort würde klar, welche unerhörten Vorleistungen an Verständnis, Rücksicht, Differenziertheit diese Mitbürger erbringen müssen und erbringen. Sie berücksichtigen nämlich, dass die Schuld für die Verbrechen des Faschismus den später Geborenen nicht auf die gleiche Weise als moralische, rechtlich zu ahnende und persönlich vorhaltbare Schuld vorgehalten werden kann wie den Tätern. Diese Rücksicht wird von den Opfern des Faschismus, wie jeder Verständige leicht wahrnehmen kann, seit Jahrzehnten erbracht. Allein diese Beobachtung könnte schon reichen, um jedem Einzelnen klar zu machen, dass auf diesem Feld der Auseinandersetzung Rücksicht und Verständnis kultiviert werden müssen.

Die zweite Möglichkeit ist zugegeben schwieriger. Die Individuen nehmen Verantwortlichkeit nicht nur wahr, indem sie sich mit sich selbst, ihren Handlungen, ihrer Biografie, ihren Werturteilen auseinandersetzen. Sie nehmen Verantwortlichkeit auch wahr, indem sie sich mit dem Komplex der Lebensumstände auseinandersetzen, die sie vorfinden, in die sie hineinwachsen und deren Gültigkeit sie durch ihre tagtägliche Praxis untermauern. Die Verantwortlichkeit des Bürgers für das politische und gesellschaftliche Handeln muss in Rücksicht nehmen, dass mit dem Absterben und Verschwinden der unmittelbar persönlich verantwortlichen Täter(-generation) die Ursachen der Tat nicht verschwunden sind. Es handelte sich dabei nicht einfach um die Zusammenrottung einzelner Personen zu einem furchtbaren Verbrechen, sondern um ein Staatswesen, eine gleichgeschaltete Kultur und Lebenszusammenhang; um ein System von Werten, Normen, Bräuchen, Traditionen, das eine eigene Subjektivität entwickelt und eigene Entwicklungen durchmacht. Zwar wirken die handelnden Personen auf die charakteristischen Eigenschaften eines solchen Systems, doch zieht das als Da-

seinsbedingung vorgefundene System den Personen, die in ihm – und auch durch es – leben, Grenzen, die durchbrochen werden müssen. Die Bräuche, Verfahrensweisen, Ideologien etc., die es tradiert, schärfen sich den Individuen ein, wenn sie sie nicht durch kritisches Nachdenken, kritisches kulturelles Engagement und durch politische Gesetze aufbrechen.

In diesem Zusammenhang kann man nicht „unbefangen“ urteilen. Es ist schon viel erreicht, wenn die kulturelle und politische Befangenheit, in der sich die Urteilenden befinden, bedacht wird.

Gegen diesen Prozess des Bedenkens richtete sich Walsers Paulskirchen-Rede. Sein neuester Roman lässt, so scheint es, erkennen, welchem Ziel solche Bedenken im Wege stehen: Es geht um den Anspruch einer deutschen Leitkultur, die durch Rücksichtslosigkeit geprägt ist. Walsers Schandtat ist, den Juden zum Fremden in Deutschland zu machen. Auf diesem Wege bedient er das durch und durch deutsche und lebensgefährliche Fehltrail, dass kulturelle Differenzen in einer Gesellschaft gefährlich sind und nicht bestehen sollten.

In einem hat Walser Recht. Die Vergeisserung der deutschen Geschichte und die Auseinandersetzung mit dem kulturellen und politischen Komplex des Deutschtums haben Rückwirkungen auf das politische Handeln. Walser und andere spüren diese Rückwirkungen als Fesseln, die es abzustreifen gilt. Außenpolitisch geht es dabei um den Anspruch, Interessen mit Gewalt durchzusetzen. Innenpolitisch geht es um die Homogenisierung der Gesellschaft und in der Folge darum, Mitbürger zu Fremden zu machen, Fremde als Gefahr zu sehen und Gefahr durch Gewalt bereinigen zu wollen.

maf, scc

1 „Nehmen Sie Ehrl-König und die Frauen“, heißt es etwa an einer Stelle des Romans. „(...) Am liebsten waren ihm natürlich Mädelschen, aber wenn's keine gab, nahm er auch Mädels. Frauen findet er langweilig. Unzumutbar. Besonders doitsche.“

2 „Auschwitz eignet sich nicht dafür, Drohroutine zu werden, jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel oder Moralkeule oder auch nur Pflichtübung. Was durch Ritualisierung zustande kommt, ist von der Qualität des Lippengebets. Aber in welchen Verdacht gerät man, wenn man sagt, die Deutschen seien jetzt ein ganz normales Volk, eine ganz gewöhnliche Gesellschaft?“

3 z.B. SZ, 31.5., S. 18 „Die Rache ist mein, spricht der Autor“. Dort heißt es z.B.: „Darf ein deutscher Schriftsteller einen Roman schreiben, in dem er, wie unter Dichtern seit Jahrhunderten üblich, vom Mord an seinem Kritiker träumt, auch wenn dieser Kritiker Marcel Reich-Ranicki heißt? Diese Frage rührt an eine überaus empfindliche Stelle: Denn jüdische Kritiker sind, aus verständlichen Gründen, in Deutschland seit dem Holocaust von der symbolischen Rache ausgenommen. Die tatsächliche Überlegenheit des Kritikers gegenüber dem Dichter wäre dann um einen entscheidenden Grad weitergetrieben: Er dürfte sich nicht wehren, nicht einmal in der Phantasie. Die Auseinandersetzung zwischen Autor und Kritiker fände unter zutiefst unfairen Bedingungen statt.“

Bundeskonferenz der Ausländerbeauftragten

„Zuwanderungs- und Integrationspolitik im Umbruch“

140 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten auf der Bundeskonferenz der Ausländerbeauftragten von Bund, Ländern und Gemeinden am 28./29.5 in Wolfsburg aktuelle Fragen der Ausländer-, Flüchtlings- und Integrationspolitik. Die verschiedenen Resolutionen und Debatten im Überblick:

Protest gegen die Pläne zur Abschaffung von Ausländerbeauftragten

Am Anfang der Konferenz stand der Protest gegen die Absichten der Länder Hamburg, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, Ausländerbeauftragte abzuschaffen. In Hamburg soll bereits am

Ehrenamtliche Beiräte oder die Stärkung der Ausländer- und Aussiedlerreferate im Innen- oder Sozialministerium können weitgehend unabhängige Ausländerbeauftragte nicht ersetzen. Die Gestaltung des Zuwanderungsgesetzes braucht neben Verwaltungsinstitutionen arbeitsfähige Querschnittseinrichtungen, die das Verwaltungshandeln und die Integrationsprozesse in den Ländern und Gemeinden kritisch begleiten und damit Interkulturalität von Gesellschaft, Politik und Verwaltung einfordern.

Umsetzung des Zuwanderungsgesetzes

Sowohl für die Mehrheitsgesellschaft wie für die bereits hier lebenden Migrantinnen und Migranten und die zukünftig Einwandernden werden sich nach diesem Gesetz maßgebliche Änderungen einstellen. Besondere Skepsis wurde darüber geäußert, wie die Ausländerbehörden den Spagat zwischen ihrer bisherigen ordnungspolitischen Praxis und den neuen



30.6. die Ausländerbeauftragte durch einen ehrenamtlich arbeitenden Integrationsrat ersetzt werden. In Sachsen-Anhalt hat die CDU/FDP-Regierung die „Eingliederung der Ausländerbeauftragten in das Ministerium des Innern“ (Koalitionsvertrag) beschlossen. In Brandenburg hat die mitregierende CDU angekündigt, diesen Plänen zu folgen. Die Bundeskonferenz protestiert gegen diese Planungen. Ähnliche Entwicklungen auf kommunaler Ebene (z.B. München) sollte entschieden entgegen getreten werden. Diese Ausländerbeauftragten haben bisher weitgehend weisungsunabhängig gearbeitet und die Integrationspolitik der jeweiligen Landesregierung kritisch begleitet. Der Verdacht drängt sich auf, dass hier unliebsame Interessenvertreter abgeschafft bzw. in ihrer Arbeits- und Artikulationsmöglichkeit beschränkt werden sollten.

integrationsfördernden Aufgaben schaffen sollen.

Das Bundesinnenministerium wird aufgefordert, möglichst schnell in Zusammenarbeit mit den Ländern, den Ausländerbeauftragten und den wichtigen gesellschaftlichen Gruppen ein bundesweites Integrationsprogramm zu entwickeln. Bund und Länder sollten umgehend die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen schaffen, damit – bei In-Kraft-Treten des Gesetzes die erforderlichen Sprachkurse flächendeckend angeboten, ausreichend finanziert und bewährte Deutschkurse fortgeführt werden können; – die Finanzierung der Sprachkurse nicht auf Kosten anderer Integrationsförderprogramme für die schon länger in Deutschland ansässigen Migrantinnen und Migranten sichergestellt werden; – die Teilnahmegebühren insbesondere

für den Familiennachzug und für Flüchtlinge sozialverträglich gestaltet werden;

- ein genügend ausdifferenziertes Integrationsangebot bereitgestellt wird, das den unterschiedlichen Lebenslagen der Migranten gerecht wird;
- bei der Anwendung der vorgesehenen Sanktionen im Falle der Nichtteilnahme ausländerrechtliche Härten vermieden werden.

Die Bundeskonferenz fordert die Landesregierungen auf, von der Möglichkeit der Einrichtung von Härtefallkommissionen Gebrauch zu machen. Es ist dabei zu prüfen, ob diese Aufgaben bei einem Gremium angesiedelt werden sollten, welches unter Beteiligung des jeweiligen Ausländerbeauftragten aus Vertretern der Migrantenselbstorganisationen, der Ausländerbeiräte, der Wohlfahrtsverbände und der Kirchen besteht.

Die Bundeskonferenz fordert, dass die Ausländerbehörden bereits jetzt mit einer breiten Fortbildung beginnen, um sich auf die neuen rechtlichen Regelungen einstellen zu können.

Länder und Gemeinden werden aufgefordert, dort, wo noch nicht vorhanden, besondere Stellen mit einem möglichst hohem Maß an Unabhängigkeit für die neuen Aufgaben einzurichten. Aufgrund der veränderten Aufgabenstellung sollte die Rechtsstellung dieser Beauftragten gestärkt werden. Da zudem die Gastarbeiterära längst vorbei ist, sollten die Ausländerbeauftragten zu Migrations- und Integrationsbeauftragten umbenannt werden.

Die Bundeskonferenz bekräftigt, dass der Erfolg des neuen Gesetzes daran zu messen ist, wie viele aus dem Kreis der bisher Geduldeten einen rechtmäßigen Aufenthalt erhalten werden. Angesichts der Vielzahl der zu entscheidenden Fälle befürwortet die Konferenz eine klare und bundeseinheitliche Altfallregelung, die möglichst viele Fallgruppen eindeutig in einem rechtmäßigen Aufenthalt überführen sollte.

Abschiebeschutz für Minderheitenangehörige aus dem Kosovo

Diskutiert wurden auch aktuelle politische Entwicklungen. So fordert die Bundeskonferenz im Vorfeld der Innenministerkonferenz, den generellen Abschiebeschutz für Minderheitenangehörige aus dem Kosovo zu verlängern. Da die allgemeine Bedrohungslage auch nach der Einschätzung des UNHCR und der OSZE fortbesteht.

Altfallregelung für afghanische Flüchtlinge

Die Bundeskonferenz plädierte dafür, bei der Rückkehr von afghanischen Flüchtlingen koordiniert und mit den internationalen Organisationen abgestimmt vorzugehen. Die Beauftragten sprachen sich für eine großzügige Altfallregelung für die diejenigen afghanischen Flüchtlinge aus, denen jahrelang der Flüchtlingsstatus vorenthalten wurde.

Antidiskriminierungsgesetz zügig verabschieden

Die Bundesregierung wird aufgefordert, zügig und möglichst noch in dieser Legislaturperiode zumindest das zur Zeit diskutierte zivilrechtliche Antidiskriminierungsgesetz zu verabschieden. Dies sollte die Gleichbehandlung von Migranten im Zivilrecht gewährleisten und einen klaren und wirksamen Schutz im Alltag bieten. Es ist unerlässlich, das Merkmal Religion in das Gesetz einzubeziehen, um Diskriminierungen z.B. von Angehörigen der jüdischen und muslimischen Religionsgemeinschaften effektiv entgegenzutreten zu können. Ein Antidiskriminierungsgesetz, das religiöse Diskriminierungen nicht erfasst, verfehlt im Hinblick des Betroffenenkreises sein Ziel.

Wichtig ist auch die baldige Umsetzung von Antidiskriminierungsstellen, die die Rechtsdurchsetzung bei Diskriminierungen unterstützen, eine wissenschaftliche Funktion übernehmen und politische Empfehlungen aussprechen. In diesem Zusammenhang muss das gesamte deutsche Recht einer Normbereinigung unterzogen werden. Es muss u.a. geprüft werden, ob bestehende unterschiedliche Regelungen des Staates für Deutsche und Ausländer sachlich zu rechtfertigen oder aufgehoben werden können.

Interkulturelle Öffnung im Gesundheitswesen

Jeder Mensch hat Anspruch auf bestmögliche medizinische Beratung und Versorgung – unabhängig von Herkunftssprache und -kultur. Für Migrantinnen und Migranten trifft dies oft nicht zu. Die interkulturelle Öffnung im Gesundheitswesen ist auch heute eher eine Ausnahme und in seiner Regelversorgung immer noch unzureichend auf die Bedürfnisse von Migranten eingestellt.

Aufgabe für die Politik auf allen föderalen Ebenen sollte es daher sein, dieser großen Bevölkerungsgruppe mit ihren vielfältigen sozialen und kulturellen Hintergründen als Versicherungsteilnehmer und Patienten gerecht zu werden. Die interkulturelle Öffnung der Regeldienste muss endlich in die Praxis umgesetzt werden. Die Vergabe öffentlicher Mittel könnte hierbei an die Bindung qualitätsorientierter interkultureller Öffnung gebunden werden.

Besonderes Augenmerk ist auf die Aus-, Fort- und Weiterbildung des Fachpersonals zu richten. Wenn das Ziel einer gleichberechtigten Teilhabe von Migranten erreicht werden soll, müssen auch Migrantenselbstorganisationen in die Gestaltung interkultureller Öffnung miteinbezogen werden. Auf diese Weise kann ein Prozess initiiert werden, bei dem eine Diskussion über unterschiedliche Vorstellungen von Gesundheit und Krankheit sowie deren Prävention und Heilung einen wichtigen Bestandteil darstellt.

rua

Georg W. Bush in Europa

Vorwärts zur neuen Weltordnung

Michael Hardt, gemeinsam mit Antonio Negri Autor des Buches „Empire“ (Untertitel: „Die neue Weltordnung“, erschien im März 2002 im Campus Verlag), meint, dass es übertrieben ist zu sagen, dass sich viele Dinge nach dem 11. September 2001 geändert haben. Allerdings scheine es, „dass die Vereinigten Staaten zu einem alten Stil imperialistischer Aktion zurückgekehrt sind“, wobei die Hauptsache jedoch sei, dass „wesentliche Aspekte unverändert sind. In den letzten zehn Jahren hatte die militärische und diplomatische Ideologie der Vereinigten Staaten zwei Aspekte. Der eine ist die imperialistische Tendenz, mit militärischen Aktionen am Golf, in Bosnien etc. Der andere aber ist die imperiale Ideologie. D.h., sie agiert für globale Interessen, mit einer neuen Logik der Machtausübung, die sich nicht als die Macht eines Nationalstaates darstellt.“

Hardt und Negri verstehen darunter das „Empire“, eine neue Ordnung ohne Grenzen, das seine Herrschaft weltweit ausdehnt, Kriege nur noch als „gerechte Kriege“ führt und sich strikt globalen Interessen verpflichtet fühlt. Weltordnungspolitik bedeutet das, Kriege, besonders Präventivkriege, als legitimes Mittel der Außenpolitik einzusetzen, weil sie ein unabdingbares Mittel der „Selbstverteidigung“ darstellen.

Die Bush-Administration ist dazu übergegangen, die schon vor zehn Jahren zu Zeiten Bush-Vater geplante Strategie des Isolationismus und der Überlegenheit des amerikanischen Systems in der globalisierten Welt zu realisieren und die Vormachtstellung der USA systematisch durchzusetzen. Die Bush-Doktrin, die den Kampf gegen den „Terrorismus“, gegen „Schurkenstaaten“ und alle, die „das amerikanische System und die nationalen amerikanischen Interessen bedrohen können“, postuliert, stellt einen neuen Typ des politischen und militärischen Interventionismus, der permanent, präventiv und global ist, dar. Mit einer Militärpräsenz in mehr als 40 Staaten und dem Pentagon als dem zentralen Machtorgan der US-Administration ist ein hoher Grad an Militarisierung der US-Außenpolitik erreicht, die die innere Treibkraft der veränderten Fokussierung der amerikanischen politischen und militärischen Strategie darstellt. Auch nach innen hat sich damit eine Linie in den USA durchgesetzt, die den Einfluss des Kongresses zurückdrängt und die Macht des Präsidenten stärkt.

Die Europareise Präsident Bushs war ein Schritt zur Umsetzung der neu orientierten US-Außenpolitik. Im Zentrum standen weder der Besuch in der BRD noch die Aufenthalte in Frankreich und Italien. Diese dienten im höchsten Falle

der Aufbesserung des angekratzten Images Präsident Bushs, was von den Medien und offiziellen Stellen mit Engagement betrieben wurde. Auch die Rede, die George W. Bush im Bundestag hielt – zwar angepriesen als „historisch“ und „wegweisend“ –, enthielt keine neuen Elemente. Und die Bundesregierung zeigte einmal mehr, dass sie nur ganz zaghaft bestimmte eigene Positionen äußert, ansonsten aber der amerikanischen Politik nichts Eigenes entgegensetzt.

Der Besuch galt vielmehr der weiteren Einbindung Russlands in das amerikanische System der globalen Strategie der Sicherung der eigenen Vormachtstellung.

Die von den USA und anderen Staaten gekennzeichneten „neuen Gefahren“ des 21. Jahrhunderts (Terrorismus, Weiterverbreitung von atomaren und biologischen Waffen, Drogenhandel etc.) sind mit alten Strategien nicht zu bekämpfen. Putins Entscheidung, den Kampf gegen den Terrorismus gemeinsam mit den USA zu führen, entspricht im gegenwärtigen Moment voll den Interessen der USA. Die Einordnung Russlands in die globale imperiale Logik zog offenbar in der Bush-Administration ein Umdenken nach sich, zumal die von Präsident Clinton gegenüber Russland betriebene Politik als gescheitert betrachtet wird. Das neue Herangehen an Russland muss die nationalen Interessen der USA im globalen Maßstab sichern und eine Politik der Balance zwischen Abschreckung und Dialog beinhalten. Voraussetzung dafür ist, reale und potenzielle Bedrohungen der Sicherheit der USA unter Kontrolle zu halten und gleichzeitig neue Wege in der Sicherheits- und der wirtschaftlichen Kooperation mit Russland zu gehen.

Auf der Tagesordnung in den Beziehungen USA-Russland stehen deshalb verschiedene Aspekte.

1. Aspekt: Die USA gehen davon aus, dass Präsident Putin danach strebt, Russland den Status einer Großmacht zurückzugeben. Signale dafür sind das Streben nach strategischer Partnerschaft mit China, Indien, Iran, Irak und anderen Staaten, um die US-Hegemonie auszubalancieren. Das Streben nach einer multipolaren Welt kann zu einer Konfrontation mit den US-Interessen führen, zumal unter diesen Staaten sich sog. „Schurkenstaaten“ befinden. Deshalb muss es Ziel der Reise Präsident Bushs nach Moskau sein, Russland von einer weiteren Zusammenarbeit mit Iran und Irak abzubringen.

Andeutungen Putins lassen den Schluss zu, dass Russland über eine gemeinsame Raketenabwehr zusammen mit China nachdenkt. Die Bush-Administration muss die Annäherung Russlands an China verhindern oder zu mindestens behindern.

2. Aspekt: Die Unterzeichnung eines über zehn Jahre wirksamen Abrüstungsvertrages, der beiderseits die Reduzierung des strategischen Raketenarsenals auf 1.700 bis 2.000 Waffensysteme mit nu-

klaren Sprengköpfen vorsieht, stand im Mittelpunkt der russisch-amerikanischen Beziehungen der letzten Monate.

Die US-Administration geht davon aus, dass die Reduzierung des Offensivwaffenarsenals kompatibel mit den Sicherheitsanforderungen der USA ist. Allerdings – so meinen Experten – können diese Anforderungen ohne große Vorwarnung schnell verändert werden. Die Reduzierung geschieht Schritt für Schritt und erlaubt flexibles Herangehen. Eine dreimonatige Kündigungsfrist gestattet ein schnelles Aussteigen. Die amerikanische Seite setzte die Möglichkeit durch, die atomaren Sprengköpfe einzulagern, was jederzeit ihre Reaktivierung ermöglicht. Gleichzeitig stellt der Vertrag, den Putin und Bush in Moskau unterzeichneten, kein Hindernis für die Errichtung des Raketenabwehrsystems (National Missile Defense System) dar.

Das Verhalten Staatssekretärs John Bolton im April während der Vertragsverhandlungen in Moskau zeigt, welchen enormen Druck die USA auf Russland ausübten, um den Vertrag in der vorliegenden Form abzuschließen. Den Russen gelang es wenigstens, die USA zum Abschluss eines juristisch wirksamen Vertrages zu bewegen, was ursprünglich abgelehnt wurde. Zugeständnisse erreichten die USA dagegen in Sachen Kontrolle der Abrüstungsmaßnahmen, wozu faktisch – im Gegensatz zu den SALT-Verträgen – nichts vereinbart wurde. Bush kann den Abschluss des Vertrages als einen Erfolg seiner harten Haltung gegenüber Russland verbuchen.

Zwei wesentliche Fragen sind zu beachten, um den Abschluss des durchaus weitgehenden Vertrages in Moskau zu beurteilen.

- Die USA sind dabei, die Atomwaffen-Doktrin neu zu definieren.

Sie gehen davon aus, dass die Rolle der atomaren Offensivwaffen sich verändert hat und die Strategie der atomaren Abschreckung verändert werden muss.

Grundlegend ist heute eine Triade, die besteht aus:

- Offensivwaffen (atomaren und nicht-atomaren);
- Verteidigungswaffen und
- einer erneuerten Verteidigungsinfrastruktur zur Sicherung neuer Möglichkeiten in der Abwehr bestimmter Bedrohungen (zu der offensichtlich auch das Raketenabwehrsystem NMD gezählt wird).

Im Zuge der Reform der Doktrin werden veraltete und kostspielige Systeme aus der Bewaffnung herausgenommen und durch neue, moderne Systeme ersetzt (solche Waffensysteme wurden während des Golfkrieges und jüngst in Afghanistan eingesetzt).

- Russland hat Probleme, seine Armee finanziell in geeigneter Weise auszustatten und die Kosten für die Modernisierung des Atomwaffenarsenals aufzubringen. Mit 6–8 Mrd. US-Dollar für sein Rüstungsbudget ist Russland nicht in der La-

ge, sein großes Atomwaffenarsenal aufrecht zu erhalten.

Die einseitige Kündigung des ABM-Vertrages von 1972 seitens der USA, die von russischer offizieller Seite ohne Gegenwehr hingenommen wurde, zeigt im Zusammenhang mit dem Abschluss des Vertrages von Moskau, dass sie sich auch weiterhin in prinzipiellen Fragen durchzusetzen gedenkt.

3. Aspekt: Russlands Zusammenarbeit mit der Nato soll mit der Schaffung des Nato-Russland-Rates auf eine neue höhere Stufe gehoben werden. Dabei hatte Russland bei der ersten Runde der Nato-Osterweiterung diese noch strikt abgelehnt. Die jetzt getroffenen Vereinbarungen während des Nato-Treffens in Italien garantieren den USA und der Nato auch weiterhin volle Handlungsfreiheit. Russland wird zwar zu grundlegenden Fragen der Sicherheit, des Kampfes gegen den Terrorismus, der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen etc. zugelassen, hat aber keine Vetorecht. Und Bush sieht die Nato schon ausgedehnt von den Baltischen Staaten bis ans Schwarze Meer, was heißt, Russland wird auch die weiteren Stufen der Nato-Osterweiterung nicht aufhalten können. Russland ist willkommen bei der Ausführung gemeinsamer friedensbildenden und -schaffenden Maßnahmen, was die USA ihrerseits kompensieren wollen durch eine Vermittlerrolle zwischen Russland und Japan, einer Abmachung, keine Truppen in Transkaukasien und Zentralasien auf Dauer zu stationieren und gemeinsame Maßnahmen gegen den Terrorismus in diesen Regionen der Welt durchzuführen.

Mit dieser Entwicklung wird deutlich, dass die USA über die Nato, oder auch ohne sie, ihre Kontrolle im eurasischen Raum bedeutend ausbauen. Russland ist dabei so etwas wie ein Juniorpartner, dessen gegenwärtige Schwäche ausgenutzt wird und der an die Kette gelegt werden soll. Der Generalsekretär der Nato Robertson erklärte unumwunden, dass aus der Nato keine politische Organisation wird. Sie wird „keine Sicherheitsschule mit Demokratielehrestunden“, sondern sie bleibt eine „überzeugende militärische Kraft.“ Russlands Rolle dabei wird eingeschränkt bleiben.

In Russland werden die Ergebnisse des Gipfeltreffens Putin-Bush äußerst differenziert beurteilt. Im Wesentlichen herrscht nüchterne Bewertung vor. Verwiesen wird vor allem auf die Notwendigkeit der Errichtung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems, in dem Russland eine voll gleichberechtigte Rolle spielt.

Und im Hinterkopf wird man den Gedanken haben, dass mit der Erweiterung der Nato und der stärkeren Einbeziehung Russlands diese nicht mehr so sein wird, wie sie einmal war. Als das Römische Reich am größten war, stand es kurz vor seinem Verfall.

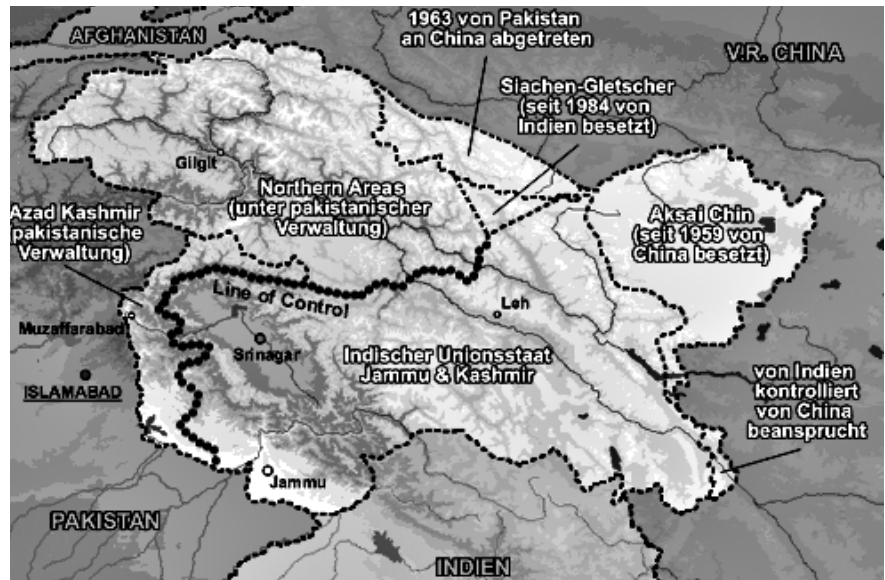
Allerdings kann das auch ein Fingerzeig für die USA selbst sein. *abe*

Ein Flächenbrand droht

Im Gefolge des Afghanistan-Krieges hat sich der Konflikt zwischen Indien und Pakistan bis an den Rand eines großen Krieges verschärft (s. auch: *Politische Berichte* 1-2/2002, S. 7). Über eine Million Soldaten stehen sich an der indisch-pakistanischen Grenze im geteilten Kaschmir schwer bewaffnet gegenüber, und immer neue Truppen werden dorthin verlegt. Seit Monaten fallen in den Gefechten auf beiden Seiten zahlreiche Soldaten und Zivilisten. Auf indischer Seite mobilisiert insbesondere die Regierungspartei BJP (Hindupartei Bharatiya Janata) für einen „Militärschlag“ gegen Pakistan. Der pakistanische Militärmachthaber Musharraf drohte mehrfach mit einem nuklearen Erstschatz und unterstrich die Drohung mit Raketenstarts. Ende Mai forderten Großbritannien und die USA mehrere zehntausend Staatsbürger auf, Pakistan bzw. Indien zu verlassen. Der Weltverband der Ärzte gegen Atomkrieg (IPPNW) warnte in Briefen an die Regierungen beider Länder vor einem Einsatz von Atomwaffen: Selbst der Einsatz einer relativ kleinen Atomwaffe von 15 Kilotonnen Sprengkraft würde den sofortigen Tod von 160.000 bis zu 850.000 Menschen verursachen. Überdies besteht die große Gefahr, dass in einen neuen indisch-pakistanischen Krieg auch China hineingezogen wird.

Der indisch-pakistanische Konflikt

Die bis heute bestehende Konfliktsituation zwischen Indien und Pakistan bildete sich in der Zeit der britischen Kolonialherrschaft heraus.¹ 1940 verabschiedete die All India Muslim League eine Resolution, die einen eigenen Staat für die Muslime in British-Indien forderte. In einer programmatischen Rede begründete ihr Präsident Jinnah die Forderung damit, dass Hindus und Moslems aufgrund unterschiedlicher religiöser Philosophien und sozialer Gewohnheiten zu unterschiedlichen Zivilisationen, unterschiedlichen Nationen gehörten und unmöglich in einem Staat zusammenleben könnten, da die muslimische Minderheit durch die hinduistische Mehrheit unterdrückt werde. Die Teilung des Subkontinents in das muslimische Pakistan und das mehrheitlich von Hindus bevölkerte Indien 1947 war begleitet von der Umsiedlung von 15 Millionen Menschen, gewaltsamen Vertreibungen, Ausschreitungen und Pogromen, bei denen ungefähr 1 Million ihr Leben verloren. Diese blutigen Begleitumstände des schwierigen Teilungsprozesses wirken in beiden Gesellschaften bis heute nach, die Erinnerungen werden auf beiden Seiten am Leben gehalten und benutzt, das jeweilige Feindbild scharf zu zeichnen.



In Europa wird Indien im Gegensatz zu Pakistan, das sich in seiner Verfassung als „Islamische Republik“ definiert, wesentlich als säkularer Staat wahrgenommen oder ausgegeben, wobei sich „die Demokratie als integrierende Kraft erwiesen und geholfen (hat), die verschiedenen sprachlichen, ethnischen und religiösen Gruppen zusammenzuhalten“.² Eine solche Behauptung ignoriert die Realität. Der zwischenstaatliche Konflikt zwischen Indien und Pakistan hat seine Entsprechung in innerindischen Auseinandersetzungen, in denen der Hindunationalismus eine verheerende Rolle spielt. Das machen die jüngsten blutigen Auseinandersetzungen in der mehrheitlich von Moslems bewohnten indischen Provinz Gujarat überdeutlich, die erheblich zur Eskalation im zwischenstaatlichen Konflikt beitragen.

Ein Attentat auf einen mit Hindus besetzten Zug am 27.2.2002, dem 57 Menschen zum Opfer fielen, löste Pogrome gegen die moslemische Bevölkerung aus, in deren Verlauf mindestens 900 Menschen getötet wurden. Die inzwischen bekannt gewordene Abfolge der Ereignisse spricht dafür, dass die BJP und der fundamentalistische Welt-Hindu-Rat die Eskalation geplant hatten und das Massaker von langer Hand vorbereitet war. Der Zug, auf den das Attentat verübt wurde, war besetzt mit hinduistischen „Pilgern“, die aus Ayodhya im indischen Bundesstaat Uttar Pradesh (UP) zurückkehrten. In Ayodhya, als Geburtsort der mythologischen Figur Ram einer von 7 „heiligen Orten“ des Hinduismus, hatten militante hinduistische Fundamentalisten 1992 die Babri-Moschee dem Erdboden gleichgemacht, um an ihre Stelle einen Tempel zu errichten. Das ist bis heute zwar gerichtlich untersucht, doch hat die BJP den Tempelbau zum Wahlkampfthema im Bundesstaat UP gemacht und in ganz Indien systematisch hochgekocht. Hunderte „Pilger“ aus allen Teilen des Landes bereiteten unter staatlicher Duldung seit Dezember in Ayodhya Bauteile vor, um am Tag X, fest-

gesetzt auf den 15. März, mit dem Bau zu beginnen. Auch in Gujarat mobilisierte die BJP Freiwillige für den Tempelbau und provozierte damit bewusst Auseinandersetzungen. Indische Bürgerrechtler werfen ihr vor, über die Tempelfrage systematisch die Spaltung zwischen Hindus und Moslems verschärfen zu wollen. Das indische Friedensnetzwerk „Menschen für kommunalen Frieden“ deckte auf, dass die Pogrome gegen die moslemische Bevölkerung in Gujarat gut geplant und durch den Staat gedeckt waren. So gingen Hindu-Nationalisten, auffällig vor allem Gutsituierte aus den oberen Mittelschichten, mit vorbereiteten Listen systematisch gegen Läden und Restaurants von Moslems vor, um sie zu plündern und in Brand zu setzen, teils unter Duldung, teils sogar mit Beteiligung der Polizei. Bürgerrechtsorganisationen wiesen darauf hin, dass der grundlegende Konflikt zwischen den muslimischen und hinduistischen Eliten den Hintergrund auch dieser Pogrome bilde. Dieser Konflikt habe den Hindu-Nationalismus gestärkt, unter der BJP-Regierung sei er bis in die Schulbücher vorgedrungen. Als Landesgeschichte werde nur noch die hinduistische Geschichte Indiens vermittelt, während der Kolonialismus oder die Epoche der Mogulenherrschaft völlig ausgeblendet würden.

Julia Eckert, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Max-Planck-Institut für Ethnologie in Halle (Saale), analysierte in der *Frankfurter Rundschau* am 25.2.: „Der Hindunationalismus ist nur zum Teil ein religiöses Projekt; er ist zunächst ein politisches Projekt, das darauf zielt, ein majoritäres Verständnis des indischen Gemeinwesens durchzusetzen und institutionell zu verankern.“ Daneben gehe es bei den Pogromen darum, „die Illegitimität der Muslime zu behaupten und durchzusetzen“. Dies gehe bis hin zu Boykottaufrufen „Kauft nicht bei Muslimen!“³

Die Kaschmir-Frage

Die Kaschmir-Frage spielt aus mehreren

Gründen eine zentrale Rolle in den indisch-pakistanischen Beziehungen. Der Konflikt entbrannte 1947 und in den Folgejahren, als der hinduistische Maharaja des Fürstenstaates Jammu und Kaschmir den Beitritt zu Indien erklärte, um seinen absolutistischen Machtanspruch über die ganz überwiegend muslimische Bevölkerung aufrechtzuerhalten, und als Indien, entgegen seinen völkerrechtlich verbindlichen Zusagen und entgegen mehreren UNO-Resolutionen, sich weigerte, eine Volksabstimmung über die Zukunft des Gebiets durchzuführen. Im ersten indisch-pakistanischen Krieg um Kaschmir 1947-49 wurde das Gebiet de facto geteilt, die Northern Areas und Azad Kashmir sind von Pakistan, Jammu und Kashmir von Indien besetzt. China, und das deutet auf die Brisanz des Konflikts für die gesamte Region, besetzte 1959 die Region Aksai Chin, was 1962 zum indisch-chinesischen Krieg führte, und erhielt außerdem 1963 Teile der Northern Areas von Pakistan.⁴ Bis heute betrachten Indien wie Pakistan das gesamte Gebiet des ehemaligen Fürstentums Kaschmir als Teil ihrer Territorien, d.h. beide Staaten erkennen den Status Quo nicht an. Das ist eine Dimension des Kaschmir-Konflikts,

Eine zweite besteht darin, dass die Auseinandersetzungen zwischen Teilen der überwiegend moslemischen Bevölkerung im indischen Teil Kaschmirs und dem indischen Staat seit 1989/90 praktisch die Form eines Bürgerkrieges angenommen haben. Die Forderungen der zahlreichen Gruppierungen der moslemischen Bevölkerung reichen von Autonomie über Unabhängigkeit bis zum Anschluss an Pakistan. Indien antwortete darauf mit massiver militärischer Präsenz und brutaler Unterdrückung; mindestens 30.000 Menschen kamen seither ums Leben. Pakistan dagegen unterstützt die Aufständischen mit Waffen, Material und z.T. auch mit islamisch-fundamentalistischen Kämpfern. Diese werden für einen Anschlag in einer Wohnsiedlung indischer Soldaten in Kaschmir verantwortlich gemacht, bei dem 30 Soldaten und Zivilisten ums Leben kamen und der zum Anlass der aktuellen militärischen Zuspitzung wurde.

Drittens geht es bei der Kontrolle über Kaschmir um wichtige Zugänge zu Zen-

tralassen und vor allem um die Kontrolle über einen bedeutenden Teil der Wasserressourcen Südasiens – eine Frage, die besonders für Pakistan existenziell ist:

Noch immer ist mit 22% Anteil am Bruttoinlandsprodukt der Agrarsektor der bedeutendste Wirtschaftszweig Pakistans. Hier arbeitet die Hälfte der erwerbstätigen Bevölkerung des Landes. 84% der gesamten landwirtschaftlichen Fläche sind in den Provinzen Punjab (zu deutsch: fünf Flüsse) und Sindh konzentriert. Dabei müssen von den insgesamt 20 Mio. ha Anbaufläche 17 Mio. bewäs-

sert werden. Gelingt es nicht, den beiden Regionen ausreichend Wasser zur Verfügung zu stellen, drohen der Niedergang der Landwirtschaft, Hungersnöte, eine Massenflucht in die Städte und gewaltige soziale

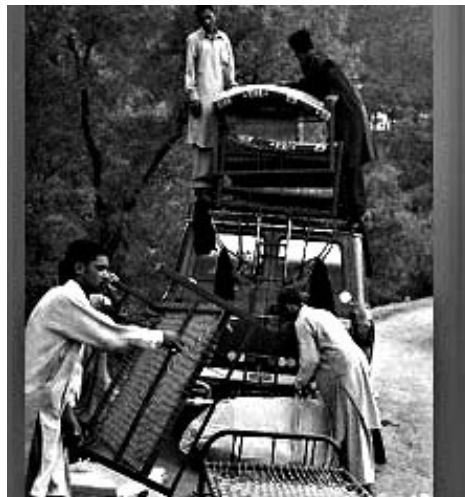
und Sindh konkurrieren heftig um die Wasserzufuhr, um die Realisierung neuer Staudammprojekte und Be- bzw. Entwässerungsanlagen, letztlich um Entwicklungschancen.

So ist die Kaschmir-Frage der äußerst gefährliche Brennpunkt des indisch-pakistanischen Konflikts, dessen religiös-fundamentalistische Aufheizung eine friedliche Beilegung noch schwieriger macht, als sie ohnehin ist. In diesem Konflikt stehen sich zwei hochgerüstete Mächte gegenüber. Die indische Armee ist mit 1,2 Mio. Soldaten und zahlreichen Sondereinheiten die viertgrößte der Welt. In Pakistan hat die Armee (580.000 Soldaten plus Sondereinheiten) die Macht. Beide Staaten haben mit Atomtests im Mai 1998 ihre bis dahin verdeckte atomare Aufrüstung offen gelegt. scc

1 Wahrscheinlich reichen die ersten Ursprünge den Konflikts viel tiefer in die Geschichte, die hierzulande kaum bekannt ist, in die Zeit der Eroberungszüge türkischer (ab 12. Jahrhundert) und später (ab 16. Jahrhundert) türkisch-afghanischer Moslems, der Gründung von Sultanaten in einer wesentlich vom Hinduismus kulturell geprägten Region, der Islamisierung großer Bevöl-



Erschütterungen. Nun liegen aber alle wichtigen Zuflüsse des pakistanischen



Massenmobilisierungen für swn Krieg in Indien (oben links) und Pakistan (rechts). Aus Kaschmir flieht die Bevölkerung.

Punjab in Kaschmir, und zwar in dem von Indien verwalteten Teil. Schon einmal, in den

50er Jahren, drohte der Konflikt um das Wasser zu einem Krieg zu eskalieren. In einem Abkommen wurde 1960 die Wassernutzung im Indus-Einzugsgebiet zwischen Pakistan und Indien aufgeteilt. Doch selbst wenn Indien nicht, wie es immer möglich ist, an den Oberläufen der Flüsse Wasser abzweigt, das in Pakistan benötigt wird, hat der Wasserkonflikt zwischen den Staaten in Pakistan selbst zu schweren innerstaatlichen Konflikten geführt. Die beiden Provinzen Punjab

kerungsteile, den Eroberungszügen der Mongolen und der Gründung mongolischer Kaiserdynastien (Mogulreich) im 16. Jahrhundert und den damit verbundenen Auseinandersetzungen, die den Siegeszug des europäischen Kolonialismus begünstigten und 1858 dazu führten, dass Großbritannien nach der Niederschlagung eines großen Aufstandes auch offiziell die Souveränität des Mogulreichs übernahm. Der in dieser Zeit im Kampf gegen den britischen Kolonialismus erstarkende indische Nationalismus war maßgeblich religiös, d.h. durch den Hinduismus geprägt. Nachdem sich 1906 die Moslem-Liga als Interessenvertretung der islamischen Minderheit gründete, kam es immer wieder zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems.

2 Auswirkungen des indisch-pakistanischen Konfliktes, Quelle: <http://www.suedasien.net/themen/themen.htm>

3 siehe zu den Pogromen auch: ND, 12.3.2002, und WoZ, 14.3.2002

4 Der historische Ursprung des indisch-chinesischen Grenzkonflikts liegt in der Verschiebung der Grenzen Britisch-Indiens nach Norden in das Zentrum der Himalaya-Region, die die Kolonialmacht unter der Losung „Sichere Grenzen“ vornahm. Großbritannien negierte die von China über Tibet beanspruchte Souveränität. Seit Ende des 19. Jahrhunderts hat keine chinesische Regierung die britische Grenzziehung anerkannt.

EU ermutigt Türkei zu schärferem Vorgehen gegen Kurden

Nach der Veröffentlichung der EU-Terrorliste und der Aufnahme der PKK auf diese sah sich die Türkei sogleich zu verschärften Repressionen und militärischen Vorgehen in den kurdischen Provinzen sowie Südkurdistan (Irak) ermuntert. Einen Tag nach der Veröffentlichung der EU-Liste legte die Türkei laut NTV eine eigene „Terrorliste“ vor, auf der 450 Organisationen stehen, darunter viele NGO's, und forderte von den EU-Staaten ein Vorgehen gegen diese Organisationen. Am 16.5. wurde dann dem Vorsitzenden der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ die Einreise in die Türkei zu einer Pressekonferenz zum Thema Pressefreiheit direkt vom Generalstab der Türkei untersagt. Das Kurdistan-Informations-Zentrum veröffentlichte zu den Vorgängen am 13.5. die folgende Presseerklärung.

rub

Parallel zu der Liste terroristischer Organisationen der EU hat sich in der Türkei und in Kurdistan die Gewalt gegen das kurdische Volks verstärkt

(...) *Militärische Operationen:* Gleichzeitig mit der Veröffentlichung der EU-Liste am 3. Mai 2002 haben türkische Militäreinheiten noch am selben Tag in Sirtak, Beytusaabap und südlich der süd-kurdischen Stadt Zaxo Militäroperationen begonnen, die noch immer anhalten. Nachdem die türkische Armee keinerlei Reaktionen außer von den Kurden erhalten hat und sie jede Art von Gewalt als legitimiert ansieht, hat sie diesmal am 7. Mai ihre Militäroperationen auf die Regionen Dersim, Bingöl, Erzurum, Diyarbakir und Siirt ausgeweitet. Nach uns vorliegenden Informationen werden sich an diesen Angriffen von Zehntausenden von Soldaten der Bodentruppen beteiligt, die von Hubschraubern und Kampfflugzeugen unterstützt werden. Es kommt zu ständigen Bombardierungen, in deren Folge eine Vielzahl von Menschen ihr Leben verloren hat; die Operation weitet sich zunehmend aus. Darüber hinaus sind starke Armeekräfte seit dem 8. Mai 2002 in die Regionen Batufa und Kanimas in Südkurdistan (Nordirak) eingedrungen. Für diese Operation wurde zum ersten Mal seit drei Jahren auch die Beteiligung von Dorfschützern an der umfassenden Operation befohlen.

Folter und Festnahmen: Die türkischen Sicherheitskräfte sehen sich durch die EU-Entscheidung bestätigt und haben in Kiziltepe bei Mardin 11 Mitglieder der Lehrergewerkschaft Egitim-Sen verhaftet. In einer Erklärung von Egitim-Sen Mardin heißt es, ihre elf verhafteten Mitglieder seien nun der Folter ausgesetzt, weil sie zusammen gekommen seien, um Kurdisch zu lernen. Alle elf Personen, darunter die Schwangere Sermin Erbas wurden während ihrer Festnahme in der Polizeiwache von den Polizisten mit kaltem Wasser abgespritzt, ihnen wurden Tüten über den Kopf gezo-

gen, sie wurden geschlagen; man gab ihnen drei Tage lang kein Essen und Wasser, ließ sie nackt warten und erniedrigte sie auch sonst noch auf vielerlei Weise. (...)

Angriffe nicht-staatlicher faschistischer Gruppen: 50 bewaffnete Zivilisten drangen in die Selcuk Universität Konya ein und griffen im Campus eine Gruppe von kurdischen Studierenden mit dem Ruf an „Die Terroristen sind hier“. Infolge der Angriffe wurden sechs Personen verletzt. Zwei der Verletzten, Sedat Erol und Zana Kibar, befinden sich in Lebensgefahr aufgrund von Schussverletzungen am Kopf. (...)

Liste „Terroristischer“ zivilgesellschaftlicher Organisationen: Nach einem Bericht des türkische Fernsehsenders NTV hat das türkische Außenministerium einen Tag nach der Bekanntgabe der EU-Liste eine Liste von 450 zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter auch renommierte europäische Organisationen wie Reporter ohne Grenzen, France Liberté, Weltkirchenrat u.a. den europäischen Regierungen mit der Forderung nach ihrer Schließung zukommen lassen. Die Türkei fordert demnach, dass nicht nur die Kurden in der Türkei und Kurdistan, sondern auch Kurden in Europa und europäische zivilgesellschaftliche Organisationen als Terroristen behandelt werden sollen.

Nach drei Jahren Feuerpause entbrannte die Gewalt erneut, parallel zur Bekanntgabe der EU-Liste. (...) Die Entwicklung von Demokratie, Frieden und Stabilität in der Region sowie die Verhinderung von Gewalt gegen das kurdische Volk ist mit der Rücknahme dieses Beschlusses und mit der Beantwortung der legitimen Forderungen des kurdischen Volkes nach mehr Rechten möglich.

Kurdistan: Friedens- und Demokratie-Deklaration

Vertreter von 319 Organisationen ziviler Organisationen, politischer Parteien, Gemeindevertreter, Gewerkschaften, Berufs- und Wirtschaftsverbände aus allen kurdischen Provinzen der Türkei nahmen im 18. Mai an einer Konferenz für Frieden und Demokratie teil. Ihre zentrale Botschaft lautet: „Für die Demokratisierung der Türkei müsse gesellschaftlicher Frieden und eine Lösung der kurdischen Frage erreicht werden.“ Ausdrücklich wird Erklärung der Konferenz die Aufnahme der Türkei in die EU als bedeutender Schritt bezeichnet. Auf diesem Weg müssten die internationalen Rechtsnormen übernommen werden. Der Sprecher der Demokratieplattform Diyarbakir sagte: „Die Türkei müsse die Kopenhagener Kriterien komplett übernehmen.“ In der Deklaration wird eine neue Verfassung, wirtschaftlicher Wiederaufbau in den kurdischen Provinzen, das Ende des Ausnahmezustands, die Abschaffung der Todesstrafe und eine allgemeine politische Amnestie gefordert.

(...) Einer der Schwerpunkte der Deklaration ist der soziale und wirtschaftliche Wiederaufbau der kurdischen Provinzen:

„Die lange Jahre stattfindenden Kämpfe im Gebiet sind der Grund für die schwere Zerstörung der Wirtschaft. Die Einkommensgrundlage Landwirtschaft und Viehzucht ist vollkommen zusammengebrochen. ... Arbeitslosigkeit ist eine Existenz bedrohende Erscheinung geworden. Wegen der Flucht werden Millionen von Hektar fruchtbares Ackerland seit Jahren nicht mehr für die Landwirtschaft genutzt.“ Die Konferenz fordert daher Vorrang für Aufbauprojekte in diesen Gebieten. Die Rückkehr der geflohenen und vertriebenen Bevölkerung in die Dörfer soll unterstützt und dafür alle sozialen Bedingungen geschaffen werden, besonders die Schul- und Bildungsmöglichkeiten sowie die Gesundheitsversorgung. Für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des durch den Krieg zerstörten Gebietes fordert die Versammlung die Fertigstellung des GAP-Projektes, die Streichung der Hypotheken und konkrete Kreditprogramme. Quelle: Özgür Politika, 19.5.02 rub

Jüdische Gemeinden Tschechiens kritisieren Steinbach

Die jüdischen Gemeinden in Tschechien haben die Äußerung der Präsidentin des „Bundes der Vertriebenen“ Erika Steinbach, die Tschechen hätten „unter deutscher Herrschaft fast nicht gelitten“, scharf zurückgewiesen. Diese Aussage sei eine „grobe Diffamie“, so der Vorsitzende der Föderation jüdischer Gemeinden in Tschechien, Tomas Kraus. „Wir waren der Teil der tschechoslowakischen Gesellschaft, der am meisten unter der Nazi-Herrschaft gelitten hat.“ Der in Prag lebende Schweizer Journalist kündigte an, er werde bei der deutschen Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen Steinbach einreichen.

Niederlande: Verschärfung der Ausländergesetzgebung geplant

Die künftige Mitte-Rechts-Regierung der Niederlande hat sich in ihren Koalitionsverhandlungen u.a. auf die Verschärfung der Ausländergesetzgebung verständigt. Die Koalition aus Christdemokraten (CDA), der „Liste Pim Fortuyn“ (LPF) und der rechtsliberalen Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) will v.a. die Grenzkontrollen verschärfen und die Familienzusammenführung erschweren. Migranten sollen zukünftig 3.300 Euro Bürgschaft zahlen, die sie zurückerhalten, sobald sie „erfolgreich einen Integrationskurs“ absolviert haben. Die CDA verlangt gar, dass die Kurse bereits im Herkunftsland belegt werden müssten. Die VVD will außerdem das Mindestalter für einreisende Ausländer von 18 auf 21 Jahre erhöhen. Zusammenstellung: scc

KÖLN, MÜNCHEN. Mit Demonstrationen in Köln und München wurde am 25. Mai auf die Lage von Flüchtlingen und Nichtdeutschen aufmerksam gemacht. Fast 700 forderten in Köln „Delete AZR – Gegen Kontrollstaat und rassistische Sondererfassung“. Wegen dem Tod von Stefan Neisius nach brutaler Misshandlung durch die Polizei änderten die Veranstalter kurzfristig das Programm und führten auch vor der Polizeiwache am Breslauer Platz eine Kundgebung durch. Derzeit läuft eine Unterschriftensammlung für eine vollständige Aufklärung des Verbrechens. Um zu zeigen, dass sehr wohl menschenwürdiger Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung steht, wurde in Köln ein Haus angeeignet. – In München protestierten knapp 1000 gegen sogenannte „Ausreisezentren“ und für Bleiberecht und Papiere. 40 Organisationen und Personen hatten dazu aufgerufen. Infos unter www.ausreisezentren.cjb.net. Bild aus Köln: www.arbeiterfotografie.com



Demonstration am 15. Juni 2002 im Dreiländereck CH – F – D

FREIBURG. In dem „Dreiländer-Manifest“ heißt es: „Wir, Menschen in der Nordschweiz, im Elsass und in Baden, lehnen die Kriminalisierung von Menschen auf der Flucht und Wanderung ab. Wir lehnen die hier stattfindende soziale, politische, kulturelle und wirtschaftliche Ausgrenzung ab, die weitere Ungleichheit schafft. Die Bewegungen der Sans-Papiers in Frankreich, Deutschland und in der Schweiz machen die prekäre Situation von Rechtlosen sichtbar. Die weltweite soziale Ungerechtigkeit kann nicht durch Abschiebegefängnisse und polizeiliche Grenzregime gelöst werden. Wir stellen uns gegen die polizeiliche Aufrüstung in Südbaden, gegen die Einführung der Schleierfahndung in der Schweiz und gegen den geplanten Bau von Abschiebegefängnissen im Elsass ... Wir wollen die Grenzen durch elsässisch-badisch-schweizerische Zusammenarbeit auflösen. Wir rufen daher alle auf, im Sinne des Dreiländer-Manifests Verantwortung zu übernehmen und sich dafür einzusetzen, dass als erster gemeinsamer Schritt am Samstag, 15. Juni 2002, an der Grenze Weil am Rhein/Basel mit Aktionen und Kundgebungen ein unüberhörbares und unübersehbares Signal gesetzt wird. 12.45 Uhr: Vereinigung der drei Demonstrationen. Demonstration durch Weil am Rhein, am BGS-Amt vorbei zum Grenzübergang Weil-Otterbach. Überschreiten der (D-CH)-Grenze. Kundgebung vor dem neuen Basler Abschiebegefängnis.“

www.contrast.org/borders/kein/

Rund 600 Menschen demonstrierten beim Philipp-Müller-Friedenstreffen

ESSEN. Zum 50. Mal jährte sich am 11. Mai der Todestag von Philipp Müller, der bei der „Friedenskarawane“ gegen die Wiederbewaffnung 1952 in Essen von der Polizei erschossen wurde. Philipp Müller,

21 Jahre alt, war eines der ersten Todesopfer des Kalten Krieges in der Bundesrepublik. Doch die Erinnerung an das schlimme Kapitel Essener Geschichte ist noch nicht erwünscht. Ein Antrag von PDS-Bezirksvertreterin Nina Eumann in der Sitzung Anfang Mai, der die Anbringung einer Gedenktafel vorsah, wurde abgelehnt. Die CDU-Mehrheit hielt noch nicht einmal eine Begründung für ihre Ablehnung für nötig. Immerhin kann man die Enthaltung der SPD vielleicht als Fortschritt werten, denn in den 80er Jahren lehnte auch sie eine ähnliche Initiative ab. Die beiden Grünen Bezirksvertreter stimmten für den Antrag. Auch



von den gut 600 TeilnehmerInnen des „Philipp-Müller-Friedenstreffens“ am 11. Mai in der Essener Innenstadt erhielt die Forderung nach einem angemessenen Gedenken an den Tod Philipp Müllers viel Beifall. Bild: Jupp Mallmann, Teilnehmer an der Friedenskarawane 1952, www.arbeiterfotografie.com wof

Offener Brief des Initiativkreises für das totale Verbot von Landminen

BERLIN. In dem Offenen Brief des Deutschen Initiativkreises für das Verbot von Landminen – Teil der Internationalen Kampagne für das Verbot von Landminen (ICBL) – werden Kanzler Schröder und Außenminister Fischer aufgefordert, sich anlässlich des G8-Gipfels in Kanakakis/Kanada vom 26.–27. Juni 2002 für die Universalisierung des Verbotes von Antipersonenminen sowie für ein umfassendes Verbot aller Landminen einzusetzen. Der Initiativkreis drängt auf Umsetzung der am 25.04.2002 in den Deutschen Bundestag eingebrachten Anträge: „Insbesondere der Antrag der Regierungsparteien zielt ja darauf, auf die Mitgliedsstaaten das Ottawa-Abkommens einzuwirken, dass alle Minen (inkl. Antifahrzeugminen), die von Personen ausgelöst werden können, als Antipersonenminen anzusehen sind und durch das Ottawa-Abkommen erfasst werden. Die ICBL, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und der Deutsche Initiativkreis haben darauf hingewiesen, dass bestimmte Antifahrzeugminen aufgrund von sogenannten Aufhebungssperren oder sensiblen Zündern von Personen ausgelöst werden können. Hier besteht unseres Erachtens erhöhter Handlungsbedarf.“ Zur Bekräftigung dieser Forderungen kommt Handicap-International Deutschland mit seinem Kampagnenbus in vier Städte: 12. Juni München, 13. Juni Nürnberg, 14. Juni Tübingen, 15. Juni Augsburg. www.handicap-international.de www.landmine.de

Gegen Nazi-Aufmarsch für Angliederung deutscher Gebiete in Polen

GÖRLITZ. Am 22. Juni 2002 will die „Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschland e.V.“ (IWG) in der Grenzstadt Görlitz für die Wiederingliederung der ehemaligen deutschen Gebiete in Polen aufmarschieren. Die Antifa Görlitz ruft dagegen zu einer Demonstration ab 11 Uhr auf. Sie schreibt u.a.: Kopf der IWG ist der 78-jährige Ex-Wehrmachtsoffizier Georg Paletta, in dessen Schlepptau sich für gewöhnlich eine braune Mischung aus Naziskinheads tummeln. Görlitz ist Anziehungspunkt für eine Heerschar von Heimwehtouristen, die bspw. auf der Brüderstraße in der „Schlesischen Schatztruhe“ des „Schlesien heute“-Verlegers und Berufsrevisionisten Alfred Theisen allerlei unnütze Andenken finden und gleichzeitig dafür sorgen, dass revisionistisches Gedankengut weiterhin Bestandteil einer geschichtsverdrängenden Ideologie bleibt. Nach Görlitz am 22. Juni werden Cottbus (13. Juli) und Zittau (10. August) die nächsten Aufmarschzonen für die IWG werden. www.ostsachsen.tk

Bayerische Grüne organisieren ein interkulturelles Parlament

MÜNCHEN. Die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Bayer. Landtag ruft Betroffene am 7. Juni im Landtag zu einem Interkulturellen Parlament zusammen. Sie sagt: „Integration heißt nicht Assimilation, sondern gegenseitige Anerkennung des jeweils anderen. Deshalb ist es nur konsequent, wenn bei Ausgestaltung einer Integrationspolitik die Betroffenen selbst zu Wort kommen.“ Neben den Vorschlägen der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“ für eine aktive Integrationspolitik steht die Frage nach den Gestaltungsmöglichkeiten auf Landesebene im Mittelpunkt. Zentrale Aspekte der Integration sollen in Ausschüssen unter besonderer Berücksichtigung frauenspezifischer Anliegen vertieft werden, um sie abschließend im Plenum zu diskutieren. Die Veranstaltung findet im Rahmen der Ausstellung „Ein starkes Stück Deutschland – Migration in Deutschland seit 1945“ statt. www.gruene.bayern.landtag.de

10. Juni: Demonstration in Hamburg „Feuer und Flamme für Bildung“

HAMBURG. An Hamburgs Schulen, den Hochschulen und im Kinder- und Jugendbereich brodeln es. Die Kürzungen im Sozial-, Kinder- und Jugendbereich haben bereits am 16. April zu einer eindrucksvollen Demonstration geführt. Am 8. Juni wird mit der zweiten Konferenz „Lichter der Großstadt“ die Diskussion weitergehen. Sie hat das Thema „Gegen „Sicherheit und Ordnung – Für soziale Grundrechte“. Und das „Hamburger Bildungsbündnis“, seit Jahren aus GEW,

SchülerInnen-, Eltern- und Lehrerkammer sowie dem Deutschen Lehrerverband bestehend, ruft gegen die Bildungspolitik am 10. Juni (13.30 Uhr Rathausmarkt) zur großen Demonstration auf. „Feuer und Flamme für die Bildung“ ist das Motto, dem Logo für die Olympiade in Hamburg entlehnt.

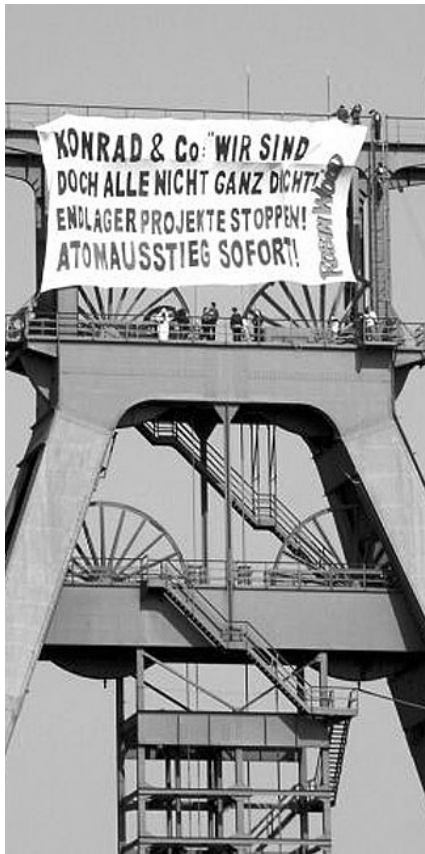
Lokalberichte Hamburg

Umweltverbände kritisieren die Genehmigung von Schacht Konrad

SALZGITTER. Die Umweltverbände Bund, Nabu und Robin Wood haben am 3. Juni auf einer Pressekonferenz in Berlin die Genehmigung für das Atommüllendlager Schacht Konrad durch die niedersächsische Landesregierung scharf kritisiert. Damit werde die Ankündigung der Bundesregierung unglaublich, der Endlagersuche eine neue Qualität zu verleihen. Als Konsequenz kündigten die Verbände ihre weitere Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis „Auswahlverfahren Endlagerstandorte“ (AK End) auf.

Um gegen das geplante Atommüll-Endlager Schacht Konrad zu demonstrieren, sind AktivistInnen der Umweltorganisation Robin Wood, vom AntiCastorNetz Magdeburg sowie Braunschweiger Anti-Atom-Gruppen bereits am 10. Mai auf den Förderturm des Werkgeländes in Salzgitter geklettert. In luftiger Höhe haben sie ein 120 Quadratmeter großes Transparent befestigt: KONRAD und Co: „Wir sind doch Alle nicht ganz dicht!“ Endlagerprojekte stoppen! Atomausstieg sofort!“

www.umwelt.org/robin-wood



Aktion beim DGB-Kongress gegen Demontage der Arbeitslosenhilfe

BERLIN. Anlässlich der Rede von Bundeskanzler Schröder auf dem DGB-Kongress protestierten Erwerbslose gegen die geplante Abschaffung der Arbeitslosenhilfe. Einige erwerbslose Gewerkschafter entrollten im Saal ein Transparent mit der unmissverständlichen Aufforderung „Hände weg von der Arbeitslosenhilfe!“. Entsprechende Gesetzesänderungen würden bereits vorbereitet und im SPD-Wahlprogramm sei lediglich versprochen, man wolle „keine Absenkung der zukünftigen Leistungen auf Sozialhilfeniveau“. Aber auch ein Eingliederungsgeld, das geringfügig über dem Sozialhilfessatz läge, käme einer Abschaffung der Arbeitslosenhilfe gleich und wäre der „schwerste und folgenreichste Einschnitt in das bundesdeutsche Wirtschafts- und Sozialsystem“, fürchten die organisierten Erwerbslosen. Arbeitslose und deren Familien würden in die Armut gedrängt, Niedriglohnjobs wären deren Perspektive. Dies beträfe ebenso die noch Erwerbstätigen. Auf deren Arbeitseinkommen würde ein immenser Druck ausgeübt, wenn Erwerbslose zur Annahme jeglicher Arbeitsbedingungen gezwungen wären.

In einem gemeinsamen Aufruf fordern Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen zu Aktionen gegen die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe auf. Am 7. Juni ist ein bundesweiter dezentraler Aktionstag. www.bag-erwerbslose.de

Streiks an Hochschulen in NRW – Demonstration am 8. Juni

AACHEN. Die Streiks von Studierenden weiten sich fast täglich aus. In NRW streiken inzwischen Studierende in Aachen, Bielefeld, Düsseldorf, Duisburg, Essen, Köln, Siegen und Wuppertal sowie in Solidarität die Robert-Schuman-Gesamtschule Willich gegen den NRW-Plan, 50 Euro Verwaltungsgebühren für alle Studierenden und 650 Euro für Studierende über der Regelstudienzeit (über 50%) sowie für Studierende über 50 Jahre einzuführen. Außerdem will das Land sich komplett aus der Finanzierung der Studierendenwerke zurück ziehen, was einen weiteren Anstieg des Sozialbeitrags um rund 50 Euro bedeutet. Am 8. Juni findet in Düsseldorf eine landesweite Demonstration statt (Aufruf siehe Nr. 11, S.12). Ein Solidaritätsstreik wird aus Trier gemeldet. Und aus Potsdam kommt eine Erklärung, in der es heißt: „Die defizitäre Finanzsituation des Landes Brandenburg hatte die Landesregierung veranlasst, den Studierenden in die Tasche zu greifen und sich mit jeweils 100 DM zu bedienen. Wir haben damals leider nicht gestreikt, sondern uns auf eine Massenklage eingelassen, die noch immer anhängig ist... Der Zynismus der Politiker kennt keine Grenzen, wenn sie ihm nicht gezeigt werden.“ www.abs-nrw.de

Warum dem Zwang in den Niedrigstlohn nur auf gerichtlichem Wege beizukommen ist

Dass Leiharbeit mit Niedriglohn einher geht, dürfte für Erwerbslose nun wirklich nicht neu sein. Doch der Widerstand gegen unzumutbare Beschäftigungsverhältnisse, in denen eindeutig ein Missverhältnis zwischen der erbrachten Arbeitsleistung und dem Lohn als Gegenleistung vorliegt, ist kaum wahrzunehmen. Erschreckend ist die Rolle der Arbeitsämter bei der Vermittlung in „sittenwidrige Beschäftigung“, und das obwohl die Ämter gemäß § 36 SGB III nicht in Ausbildungs- und Beschäftigungsverhältnisse vermitteln dürfen, die gegen die „guten Sitten“ verstoßen. Die brennenden Fragen lauten also: Wann liegt Lohnwucher nach § 138 Abs. 2 BGB vor, was haben die Ämter unter „guten Sitten“ zu verstehen und unter welchen Bedingungen sind Rechtsgeschäfte – in diesem Fall Arbeitsverträge, die vielleicht unter Androhung von Sperrzeiten zustande kamen – von Beginn an nichtig? Diese Fragen müssen dringend von den zuständigen Gerichten geklärt werden. Allein an KlägerInnen fehlt es.

Dabei gibt es durchaus einige Lichtblicke: Das Arbeitsgericht Bremen z.B. hat bereits am 30.08.2000 ein rechtskräftiges Urteil gegen Lohnwucher im Bereich der Leiharbeit gefällt (Az. 5 Ca. 5152, 5198/00): Der Bruttolohn von 11,50 DM für eine „Lager- und Produktionshelferin ohne berufliche Qualifikation“ wurde vom Gericht als sittenwidrig eingestuft. Er betrug nur knapp 60% des Durchschnittslohnes im produzierenden

Gewerbe in der Region und der verbleibenden Nettolohn für die Beschäftigte unterschritt deutlich den Regelsatz der Sozialhilfe. (Das Urteil kann von der BAG homepage heruntergeladen werden s.u.) Die vom Bremer Arbeitsgericht herangezogenen Vergleichslöhne bezogen sich jedoch auf die tariflichen bzw. ortsüblichen Löhne in einem vergleichbaren Gewerbe, d.h. sie sind nicht zwingend auf andere Regionen/Gewerbe zu übertragen.

Und gerade weil Betroffene zu selten vor Gericht ziehen und rechtsetzende Urteile erkämpfen, ist im Einzelfall der Behördenwillkür bei der Interpretation, in welchem Lohnbereich denn eine „zumutbare“ Beschäftigung angesiedelt sein muss, immer noch Tür und Tor geöffnet. Die bestehende Rechtsunsicherheit von Erwerbslosen ist dagegen nicht hinzunehmen und schreit nach bundeseinheitliche Leitlinien zur Ermittlung von Lohnwucher. Doch diese müssen sich an einem „wirklich“ existenzsichernden Mindestlohn orientieren. Ein praktikabler Vorschlag hierzu wird unten vorgestellt.

Stellenangebote der Arbeitsämter

Doch schauen wir zunächst auf die Stellenangebote der Arbeitsämter, die jeder im Stellen Informations-Service (SIS) nachlesen kann. Hier drei Beispiele, die mit Blick auf das o.g. Urteil sofort den Verdacht auf Lohnwucher aufkommen lassen:

- 67 von 80 (vom 21.01.2002). Hilfsarbeiter/in ohne nähere Tätigkeitsangabe (BKZ 5317); Stellenbeschreibung, Anforderungen: Anfallende Arbeiten als Prod.helfer, Lagerhelfer, Handwerksheifer; Betriebsart: ANÜ; Arbeitsort: Bundesweit; Arbeitszeit: Vollzeit, Schicht; Gehalt/Lohn: 4,85; Frei ab: 04.02.02; Befristet: nein; Alter: bis 50; Stellenanzahl: 1; Kontakt: Arbeitgeber, AvJS Personal auf Zeit GmbH, Reichsstr. 35, 07545 Gera; Rückfragen an: Herr N.; Telefon: 0365-5516541.

- 47 von 260 (vom 05.04.2002). Produktionsarbeiter/in (BKZ 5317); Stellenbeschreibung, Anforderungen: Helfertätigkeit in der Produktion; Arbeitszeit: 3-Schichtsystem; Betriebsart: Personalservice; Arbeitsort: Bautzen; Arbeitszeit: Vollzeit; Gehalt/Lohn: 4,09+Zuwgd; Frei ab: 09.04.02; *Befristet bis 3 Monate*; Führerschein: B; *Alter: 18 bis 30*; Stellenanzahl: 1; Kontakt: Arbeitgeber, Avance Personal-Service GmbH NL Bautzen, Äußere Lauenstr. 31, 02625 Bautzen; Rückfragen an: Herr H.; Telefon: 03591-209520

- Vermittlung direkt in ein Unternehmen: Stellenbeschreibung, Anforderungen: Umzüge, Tragen von Möbeln, Verpackung, Beifahrertätigkeit; Betriebsart: Spedition; Arbeitsort: Eisenach; Arbeitszeit: Teilzeit/flexibel/-14,9h/Wo. (*die Stelle ist geringfügig*); Gehalt/Lohn: 165,-; Frei ab: sofort; Befristet: nein; Führerschein: C1E; Alter: gleich; Stellenan-

Die im Dunkeln sieht man nicht ...

Streikende Arbeitslose

KÖLN. Die im Dunkeln sieht man nicht, außer wenn sie selbst dafür sorgen, gesehen zu werden. Auf eine trotz ihrer Wut und Bitterkeit beeindruckend optimistische Weise gelang dieses Sichtbar-Werden bei der Kundgebung des „ersten streikenden Arbeitslosen“ am 27. Mai in Köln.

Organisiert von den „Magic Street Voices“ unterstützt neben Einzelpersonen wie Prof. Maria Mies vom PDS-Kreisverband Köln, der FAU und Mitmachzeitungen wie „kumm erus“ versammelten sich rund 50 Menschen, um über ihre Erfahrungen mit Niedriglöhnen zu berichten und dagegen zu protestieren, dass „Arbeit um jeden Preis“ in Köln mit Sperrzeiten bei Arbeitslosengeld und -hilfe wie auch der Verweigerung von Sozialhilfe erzwungen wird. Mit einer Vielzahl von Erfahrungsberichten wurde deutlich, wie es in der Welt

der Zeitarbeitsfirmen und des Kölner JobCenter zugeht, die viele derjenigen nur vom Hörensagen kennen, die zustimmend nicken, wenn millionenschwere Fußballprofis oder sozialdemokratische Bundeskanzler ihre Faulenzer-Debatten lostreten. Zuhören hätte sich nicht nur für sie gelohnt, auch weil der Mut, seine individuelle Geschichte am offenen Mikro öffentlich zu erzählen, für erfreulich viele der erste Schritt war, Arbeitslosigkeit und Leistungskürzungen nicht mehr resigniert hinzunehmen, Fähigkeiten und Widerstandsgeist wieder zu entdecken. So berichtete der „erste streikende Arbeitslose“ und Initiator der Kundgebung, Rico von „MagicStreet Voices“, dass ihm die Weigerung, bei einer Zeitarbeitsfirma für einen Bruttolohn von 5,40 Euro zu arbeiten, eine 12-wöchige Sperrfrist seitens des Arbeitsamtes einbrachte. Im Mittelpunkt der Forderungen, für die sich Arbeitslose künftig selbst organisieren wollen, steht die Einführung eines gesetzlichen Mindest-



lohnes. PDS-Direktkandidat Matthias W. Birkwald erhielt viel Beifall, als er mit den Worten „Arbeit darf nicht arm machen, von Arbeit muss man leben können“ den Bundestagsantrag der PDS für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes vorstellte. Die von der Bundesregierung angekündigte Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe bezeichnete er als gigantisches Armutsförderungsprogramm.

Wolfgang Lindweiler

zahl: 1; BKZ: 7432; Kontakt: Arbeitgeber: KUM-Transport & Handels GmbH, Eichrodter Weg 13, 99817 Eisenach; Rückfragen an: Herr W.; Telefon: 03691-732953; [*165 Euro : 59,6 Std. (14,9 x 4) = 2,77 Euro/Std.*]"

Lohnwucher ist gemäß § 302 a StGB ein Straftatbestand. Da die angeführten Stellen mit Stundenlöhnen z.T. weit unter 5,50 Euro (in großzügiger Anlehnung an das Bremer Urteil) im SIS keine Einzelfälle sind, kann davon ausgegangen werden, dass die hier vermittelnden Ämter ganz klar im kriminellen Bereich operieren. Wer also den Beweis erbringen kann, dass eine solche Stelle durch ein Arbeitsamt vermittelt wurde, hätte berechtigte Gründe die Staatsanwaltschaft einzuschalten. Das Amt würde sich dann (wenn Lohnwucher vorliegt) neben dem Verstoß gegen § 36 SGB III der Mithilfe zur Straftat nach § 302 a StGB schuldig machen. Dieser Weg scheint jedoch wenig geeignet, um gegen kriminelle Behördenpraxis vorzugehen, denn diese Vorgänge laufen natürlich verdeckt ab. Auch wissen Betroffene aufgrund ihrer Behörden Erfahrungen, dass bei den meisten MitarbeiterInnen der (noch) staatlichen Arbeits-(losen)verwaltung die Sensibilität gegenüber solcherlei juristischer Haarspalterei schlichtweg fehlt. Hier geht es zunächst nach der Devise: wo keine klare Grenze gezogen ist, kann diese auch nicht unterschritten werden.

Das Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt wies im Zusammenhang mit Vermittlungsangeboten in schlecht bezahlte Leiharbeit darauf hin, dass es keine „abschließende Rechtsprechung des Bundesarbeitsgericht (BAG) zu Richtwerten“ gebe, „bei deren Vorliegen ein auffälliges Missverhältnis (zwischen Arbeitsleistung und Vergütung, d. Verf.) regelmäßig zu bejahen ist. Hier hält sich die Behörde nach eigenen Angaben an das Urteil des BAG vom 22.04.97, das ein auffälliges Missverhältnis bei einem Lohn sieht, der 2/3 des Tariflohnes beträgt. Diese 2/3-Grenze wurde durch die laufende Rechtsprechung weiter nach unten verschoben, weil beispielsweise das BAG-Urteil vom 23.05.01 für den Vergleich nicht nur den Tariflohn, sondern vielmehr die (orts-)übliche Vergütung für die Ermittlung eines auffälligen Missverhältnisses (zwischen Arbeitsleistung und Vergütung) heranzieht.

Bei Zeitarbeitsfirmen 40% unter Tariflohn

In der Tat gewährt der Bundesgerichtshof Ermessensspielraum für die Festlegung einer Schwelle zum Lohnwucher. Doch auch wenn die 2/3 Grenze angewendet wird, liegt vor allem die Vergütung bei Zeitarbeitsfirmen durchschnittlich unter dieser magischen Schwelle. Aus einer Studie des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung geht hervor, dass die Bruttolöhne in der Zeitarbeitsbranche durchschnittlich 40% unter den Tariflöhnen liegen. Auch ein vom DGB veröffentlichter Ver-

20 000 demonstrierten – Tariftreuegesetz nun im Vermittlungsausschuss

Über 20.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus der gesamten Bundesrepublik waren am 31. Mai dem Ruf von ver.di und IG BAU gefolgt, dazu stießen die Delegierten des in Berlin tagenden DGB-Bundeskongresses.

Nach Berlin waren auch 700 Abgesandte der Baujugend gekommen. „Wir sind richtig sauer über die himmelschreiende Praxis auf den meisten öffentlichen Baustellen“, machte der Bundesjugendvorsitzende der IG BAU Simon Rottloff seiner Empörung Luft. „Wie ein Krebsgeschwür greift durch das Dumping der Tarifbruch um sich.“ Dumping werden mehr oder weniger bewusst von öffentlichen Bauherren einkalkuliert. Dabei gingen demselben Staat durch illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit Milliarden an Steuern und Beiträgen verloren. „Das Risiko für illegal handelnde Unternehmer, mit dem Entzug öffentlicher Aufträge bestraft zu werden, ist heute wesentlich geringer, als beim Falschparken vor öffentlichen Baustellen ein Knöllchen zu kriegen.“ Rottloff wandte sich in seiner Rede direkt an den SPD-Ministerpräsidenten von Mecklenburg/Vorpommern Harald Ringstorff, der geneigt sei, sich in den schwarzen Block einzureihen. „Tariftreue Ostfirmen sind die ersten Verlierer der Dumpingkonkurrenz im eigenen Bereich.“ Der gesunde Menschenverstand müsse sagen, dass Nachfrage und Wirtschaftswachstum auch in Meck-Pom nur dann entstehen, wenn die Menschen vor Ort anständig verdienen. „Wer sich gegen Tariftreue stark macht, sorgt nicht für die Jugend“, sagte Rottloff und fragte:



„Wann ist die Grenze nach unten erreicht? Wenn ich gleichzeitig mit dem Arbeitsvertrag den Sozialhilfeartrag unterschreiben und trotz Arbeit auf Kinder verzichten muss?“

Für die Verkehrsbeschäftigten schilderte Rudi Eichler, Vorsitzender des ver.di Fachbereichs Verkehr und selbst Busfahrer, die Lage. Weil an technischen Sicherheits- und Ausstattungsstandards nicht gespart werden darf, würde bei den Lohnkosten für die 250 000 Beschäftigten im Nahverkehr gespart. Der Druck wachse. In europäischen Nachbarländern wie Holland, Dänemark oder Frankreich seien Arbeitseinkommen in der Branche gesunken und hätten sich Arbeitszeitregelungen verschlechtert. „Ohne das Tariftreuegesetz werden unsere Kolleginnen und Kollegen in die gleiche Spirale nach unten kommen.“

Aber die CSU/CSU will dieses Tariftreuegesetz nicht, sie setze ein Vermittlungsverfahren durch. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt erklärte daraufhin sofort, dass es „bedauerlich“ sei, dass der Bundesrat das Gesetz nicht komplett gestoppt habe. Massiv griff er die Gewerkschaften ver.di und IG BAU an. Deren Versuche, den Gesetzgeber mit Demonstrationen und vor allem mit Streiks unter Druck zu setzen, seien „unerträglich“ und „Verfassungsbruch“. Nach seiner Überzeugung müssen vor allem die ostdeutschen Bauunternehmen weiter um ihre Wettbewerbsfähigkeit fürchten. „Für viele Unternehmen aus der ostdeutschen Bauwirtschaft sind die günstigeren Personalkosten oft der einzige Wettbewerbsvorteil.“ Daneben drohe die „Gefahr, dass es durch das Tariftreuegesetz zu erheblichen Fahrpreiserhöhungen im Öffentlichen Personennahverkehr kommt“. www.tariftreue.de

gleich der durchschnittlichen Monatseinkommen von LeiharbeiterInnen mit den von Beschäftigten der Gesamtwirtschaft weist auf eine erhebliche Diskrepanz hin. Hier lagen 1999 die Löhne bei Zeitarbeitsfirmen im Durchschnitt bei 60,5% der Vergütung in der Gesamtwirtschaft. 1980 lag dieser Anteil noch bei 77,4%. Sind diese Zahlen stichhaltig, dann ist eine wesentliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt von der Bundesanstalt für Arbeit einfach ignoriert worden.

Aber auch hier nagt die laufende Rechtsprechung an der Beharrlichkeit der Behörden: Nach dem Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 18.01.2002 (Az.: S 58 L 2003/01), hat das Arbeitsamt Ber-

lin Nord klar gegen den Vermittlungsgrundsatz des § 36 Abs.1 SGB III verstoßen. In dem Urteil heißt es: „Mit dem im Streit stehenden Stellenangebot verletzte die Beklagte (die BA; hier das AA Berlin Nord) bereits den Vermittlungsgrundsatz des § 36 Abs.1 des SGB III. Denn mit einem Bruttolohn von 11,- DM für Hilfsarbeiten in Berliner Industrieunternehmen sollte ein Arbeitsverhältnis begründet werden, das wegen Lohnwucher gegen die guten Sitten verstößt.“ Die Urteilsbegründung schließt: „[...] Damit wird zugleich die Rechtswidrigkeit der Sperrzeit offenkundig, andernfalls der Vorwurf des Klägers berechtigt wäre, das Arbeitsamt beteilige sich an der Ausnutzung der wirtschaftlich schwächeren La-

→ ge der Arbeitsuchenden durch Verstärkung ihrer Zwangssituation.“ Das Gericht beruft sich bei der Ermittlung der verkehrsüblichen Vergütung auf die gefestigte Rechtsprechung des BAG, das Missverhältnis zwischen Arbeitsleistung und Vergütung (das den Lohnwucher begründet) ist hier ebenfalls bei 2/3 des üblichen Lohnes ansiedelt. In der Urteilsbegründung wird ausdrücklich auf das Bremer Urteil hingewiesen: „[...] Den vom Arbeitsgericht Bremen herangezogenen Hilferwägungen zur Ausweitung von Billiglohn-Verhältnissen kommt daher im vorliegenden Zusammenhang wesentliche Bedeutung zu: es widerspricht allerdings Zielsetzungen des SGB III, vermittels einer sperrzeitsanktionierten Ausweitung solcher Lohnverhältnisse die Bereitschaft zur eigenverantwortlichen Arbeitssuche zu schwächen und einen Lohnsektor zu etablieren, der sich langfristig auf das gesamte Lohngefüge nachteilig auswirken wird.“

(Das komplette Berliner Urteil wird in Kürze auf unserer homepage dokumentiert, s.u.)

Die hier skizzierte Entscheidung des Sozialgerichts Berlin ist scheinbar noch nicht bis zu den MitarbeiterInnen der BA hervorgehoben. Vielleicht hält mensch dort aber auch nur an der bestehenden Vermittlungspraxis fest (s. aktuelle Angebote im SIS), solange die Rechtslage noch nicht endgültig geklärt ist. Immerhin gilt es ja mit der Aufwertung der Zeitarbeitsbranche etwa durch das „Job-AQTIV-Gesetz“, neue Beschäftigungsfelder im Niedriglohnsektor zu erschließen und arbeitsunwillige Erwerbslosen zu disziplinieren. Zu neudeutsch heißt das jetzt fördern und fordern.

Widerstand ist nicht zwecklos

Die beiden aufgeführten Urteile zeigen aber, dass der Widerstand gegen eine restriktive Behördenpraxis nicht zwecklos ist. Wie können sich Betroffene nun gegen eine Vermittlung in „sittenwidrige Beschäftigung“ wehren?

Natürlich kann Widerspruch gegen eine Sperrzeit eingelegt werden, die verhängt wurde, weil eine nach Ansicht des Amtes „zumutbare“ Beschäftigung nicht angetreten wurde. Ein Musterwiderspruch für diesen Fall seht auf der homepage zum Herunterladen bereit (s.u.). Hier werden die im August 2001 neu festgelegten Pfändungsfreigrenzen als verfassungsrechtlich gebotenes Existenzminimum und somit als Mindestlohn gesetzt und mit der Begründung der Bundesregierung für das Siebte Gesetz zur Änderung der Pfändungsfreigrenzen untermauert. (Auf einem anderen Blatt steht, ob diese Begründung inhaltlich zu befürworten ist...) Schlussendlich beträgt der nichtpfändbare Teil des Nettolohnes 930 Euro. „Daraus resultiert als verfassungsrechtlich gebotenes Existenzminimum ein Bruttolohn in Höhe von monatlich 1.312,53 Euro (ca. 2.570 DM), was einem Stundenlohn (37,5 Std.-Woche) von 8,14

Euro (= 15,92 DM) entspricht.“

Die aus dem Musterbrief zu entnehmende Begründung ist sicherlich von der Argumentation her angemessen und rechtlich korrekt. Doch es ist zu bezweifeln, dass die Begründung vor Gericht Bestand hätte. Handelte es sich hier doch um ein Urteil von immenser politischer Brisanz: Die gesamte „workfare-Politik“, das „Fördern und Fordern“ im SGB III und (schon bald noch konkreter) im BSHG, die Kombilohnschiene und vieles mehr würden bei einer Festsetzung der Pfändungsgrenze als Mindestlohn ins Leere laufen. Dessen ungeachtet würde ein solches Verfahren – oder besser eine ganze Reihe davon – einen ungeheuren Wirbel verursachen und so manche/n Verantwortliche/n in Begründungsnot bringen.

Als Alternative hierzu ist übrigens ein weiterer Musterwiderspruch gegen vom Arbeitsamt verhängte Sperrzeiten im Zusammenhang mit Niedrigstlohnbeschäftigung in Arbeit (dessen Inhalt mir leider noch nicht bekannt ist). Er wird im Juli dem neuen Leitfaden für Arbeitslose vom Arbeitslosenprojekt AG TuWas (FH Frankfurt/M) zu entnehmen sein.

Doch warum sollen die Gerichte nicht von sich aus die Beweisführung erbringen, wo nun die Grenze zum Lohnwucher liegt? Es werden wohl noch eine Menge Urteile nach dem Bremer Muster nötig sein, um zumindest den übelsten Auswüchsen des gegenwärtigen Lohndumpings bundesweit (und besonders in den neuen Bundesländern) zu begegnen.

Deshalb zum Schluss sinngemäß wiedergegeben die Empfehlung von Prof. Stoscheit, dem Mitautor des besagten Leitfadens für Arbeitslose, an Betroffene und Beratungsstellen: Widerspruch ist gut... Besser ist jedoch, eine vermeintlich „sittenwidrige“ Beschäftigung zunächst anzunehmen, und dann vor dem Arbeitsgericht gegen die Lohnwucherer zu klagen. Nur so kommen die rechtsetzenden Gerichtsurteile zustande.

Frank Jäger

Im Internet zu finden:

Die Anlagen zum Artikel:

- Der Musterwiderspruch/Begründung anhand des Pfändungsfreibetrages, heruntergeladen als rtf-Datei unter: http://www.bag-erwerbslose.de/material/dateien/wi_zeitarb.rtf
 - Als Ergänzung hierzu das Bremer Urteil zu „sittenwidrigem“ Lohn, heruntergeladen als rtf-Datei unter: http://www.bag-erwerbslose.de/material/dateien/urteil_AG-Bremen.rtf
- Aus: BAG-E INFO 02/05 die Erste vom 30.05.02, hrsg. von der Bundesarbeitsgemeinschaft der unabhängigen Erwerbsloseninitiativen (BAG-E)
Kontakt: BAG-E c/o FALZ e.V., Solmsstr. 1a, 60486 Frankfurt/M, fon: 069-700425, fax: 069-70 48 12, e-mail: kontakt@bag-erwerbslose.de oder FALZ-@t-online.de

Internet: www.bag-erwerbslose.de

CDU und FDP wollen die Ausson-

derung: FRANKFURT A.M. Die Landesregierung und die sie tragenden Parteien betreiben eine Politik der gezielten Diskriminierung von Kindern ausländischer Herkunft an den Schulen. Was u.a. mit der Abschaffung des muttersprachlichen Unterrichts begann, setzte sich mit dem vor einigen Wochen verabschiedeten 2. Gesetz zur Qualitätssteigerung an Hessischen Schulen fort. Nicht nur, dass die Förderung der „Zweisprachigkeit“ aus dem Schulgesetz gestrichen wurde. Ab sofort ist es sogar möglich, dass Kinder bei Schulbeginn mit der Begründung „mangelnder Deutschkenntnisse“ zurück gestellt werden können. Die Kommunale Ausländervertretung hatte gegen die Novelle protestiert und die Landesregierung aufgefordert, das Gesetz zurück zu nehmen. Auf der Tagesordnung der letzten Stadtverordnetenversammlung stand der Antrag der FDP, der den Magistrat auffordert, sich für die Abschaffung der Schulbezirksgrenzen für Grundschulen einzusetzen. Das Ansinnen, die frühzeitige soziale und kulturelle Ausgrenzung und Separierung zu forcieren, fand dort allerdings keine Mehrheit. *ola, Frankfurter Info 11*

Impfzwang durch die Hintertür: ES-

SEN. Nach mehrfacher Anfrage der PDS hat die Verwaltung in der Sitzung des Umwelt- und Gesundheitsausschusses vom 21.5.2002 eine Vorlage zum Thema Ausschluss von nicht geimpften Kindern aus Gemeinschaftseinrichtungen eingebracht. Seit Änderung des Infektionsschutzgesetzes (Anfang 2001) haben die Leitungen wie Kindergärten, Kindertagesstätten und Schulen die Anweisung erhalten, gesunde, nicht gegen Masern und Mumps geimpfte Kinder bei Auftreten einer dieser Erkrankungen vom Besuch der Einrichtung auszuschließen und zwar für die Dauer von bis zu 21 Tagen. Dies kommt einer Einführung der Impfpflicht durch die Hintertür gleich. Die PDS macht darauf aufmerksam, dass man durch den Ausschluss z.B. im Essener Norden, wo ca. 20% der Kinder nicht geimpft sind, die Kinder in völlig ungesicherte Betreuungsverhältnisse entlässt. Auch hätten andere Gesundheitsämter wie Oberhausen, Duisburg, Aachen und Köln eine andere Ansicht zur Auslegung des Infektionsschutzgesetzes. *StadtRotInfo PDS Offene Liste*

Starkes kommunales Bündnis

schmieden: MANNHEIM. „Wir wollen gemeinsam ein starkes kommunales Bündnis schmieden, um die Machtverhältnisse in Mannheim zu ändern.“ Dies erklärten knapp 80 Menschen, die zur ersten Veranstaltung von KOMMA in die Feuerwache kamen. Eingeladen hatten 20 Menschen aus verschiedenen sozialen, ökologischen Organisationen, die

daran arbeiten wollen, dass „Mannheim den Weg zu einer solidarischen und nachhaltigen Stadtentwicklung findet“, abseits der großen Koalition von CDU und SPD. Es soll ein Personenbündnis entstehen, das über Arbeitsgruppen und Foren tätig wird und mittelfristig zu einer Liste für die nächsten Gemeinderatswahlen kommt. *Kommunal-Info Mannheim 11*

Dem Rechtsextremismus die Rückzugsräume nehmen: MÜNCHEN. Die Fraktion B90/Die Grünen – rosa Liste hat am 22. Mai im Stadtrat beantragt, zu prüfen, ob es eine Möglichkeit gibt, der rechtsextremen Burschenschaft Danubia das Haus in der Möhlstraße zu entziehen. Das Haus wurde am 1.2.1938 arisiert und von den Nationalsozialisten dem „Freiherr v. Leonrod-Familienfideikommiss“ überschrieben, 1955 dem Ehepaar Manz vermacht und 1957 an die Danubia verkauft. Der Antrag schließt: „Es ist ein Hohn der Geschichte, dass heute organisierte Rechtsextremisten im „arisierten“ Haus in der Möhlstraße 21 residieren und von dort aus antisemitisches und rassistisches Gedankengut verbreiten können. Die Stadt München muss durch Recherchen die Besitzverhältnisse exakt klären und versuchen, evtl. Erben ausfindig zu machen, die das Haus zurückfordern könnten – das würde dem Rechtsextremismus in München einen ihrer Rückzugsräume nehmen.“

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Kommunen und Zwangsarbeit: BERLIN. Das neue Themenheft der „Informationen zur modernen Stadtgeschichte“ (IMS) des Deutschen Instituts für Urbanistik behandelt die Bedeutung der Zwangsarbeit für die Kommunen. Es werden Fragen behandelt wie: Welchen Anteil hatten Kommunen an dem System der Zwangsarbeit? In welchen städtischen Betrieben wurden Zwangsarbeiter eingesetzt? Welche Veränderungen in der sozialen Zusammensetzung, welche Wechselwirkungen lassen sich in der städtischen Gesellschaft feststellen? Abgesehen von den unmittelbaren politischen und langfristigen wissenschaftlichen Fragen sind städtische Kultureinrichtungen derzeit intensiv mit dem Thema befasst. Für ehemalige ZwangsarbeiterInnen sind Bescheinigungen auszustellen, eine Reihe von Städten führt Einladungsprogramme durch, es werden Konzepte für die historische Aufarbeitung in Form von Publikationen, Ausstellungen und Veranstaltungen entwickelt. Das Heft bietet einen Überblick und gibt mit Projektberichten aus einzelnen Städten und einem Nachweis zentraler Arbeitshilfen eine konkrete Hilfestellung für dieses Thema.

Informationen zur modernen Stadtgeschichte, Heft 2/2001, 10 Euro, ISSN 0340-1774. *Zusammenstellung: baf*

Während die FDP und die Union einen Wahlkampf auflegen, in dem es darum geht, die wesentlich eigentumslosen, auf das Arbeitseinkommen angewiesene Bevölkerung zu entrechten, zeichnet sich im gesellschaftlichen Raum eine gegenläufige Bewegung ab. Nach der IG Metall ziehen nun praktisch alle Branchen nach mit dem offensichtlichen Ziel, die ungleichen Verteilungspolitik durch Staat und Gesetze zu korrigieren. Diese Bewegungen, die durch außerordentlich maßvolle und zurückhaltende Zielstellung gekennzeichnet sind, zeigen dennoch an, dass die bürgerliche, eigentumsorientierte Rechte mit scharfen Auseinandersetzungen zu rechnen hat, falls sie mit ihren Programmen die Wahlen gewinnt. Stoiber und Westwelle überspannen den Bogen. Im folgenden dokumentieren wir Forderung und Streikagitation aus der IG Bau, die vor einer schwierigen Kampagne steht durch die Sabotage der unionsregierten Länder an dem Tariftreuegesetz gezielt gereizt worden ist und nun einer breitest möglichen gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Solidarität bedarf (maf)

Bundesweiter Warnstreik der Bauarbeiter am Freitag IG BAU leitet Urabstimmung für Arbeitskampf ein

GIESSEN, 3.6.2002. Der Bundesvorstand der IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat heute einstimmig die Urabstimmung im Bauhauptgewerbe beschlossen und die Abstimmungsunterlagen an alle Gewerkschaftsmitglieder verschickt.

Die Urabstimmung findet in der kommenden Woche (10.-15. Juni) statt. Ab dem 17. Juni könnte dann der erste flächendeckende Arbeitskampf in der Nachkriegsgeschichte beginnen. Zuvor wird es nach Angaben der Gewerkschaft bereits zu Warnstreiks kommen. Am kommenden Freitag (07.06.) ruft die IG BAU alle Bauarbeiter zu einem „massiven, bundesweiten Warnstreik“ auf. Der IG BAU-Vorsitzende Klaus Wieseheügel erklärte am Montag in Gießen, „je mehr Kollegen sich an den Streiks beteiligen, desto besser ist die Chance auf einen guten Tarifvertrag, der am Ende einer Auseinandersetzung stehen muss“.

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt



TARIFRUNDE BAUHAUPTGEWERBE 2002



Schlichtung gescheitert

**Urabstimmung und
Arbeitskampf am Bau.
Ende der Friedenspflicht.
Jetzt wird gestreikt!**

Nach dem Scheitern der Tarifverhandlungen wird die IG BAU nunmehr die Urabstimmung im Bauhauptgewerbe durchführen! Die Arbeitgeber sind nur mit einem Arbeitskampf am Bau zu bewegen ein vernünftiges Angebot für mehr Lohn, Gehalt und Ausbildungsvergütung zu machen!

Nur wer Mitglied der IG BAU ist erhält Streikunterstützung
Jetzt Mitglied werden – gemeinsam packen wir es!

Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt
www.igbau.de



Dokumentiert: Die Forderung der Tarifrunde 2002 im Baugewerbe – 4,5 Prozent für Ost und West – IG BAU will Einkommen und Beschäftigung gemeinsam sichern

FRANKFURT AM MAIN, 17.01.2002 – Mit einem deutlichen Bekenntnis für eine gemeinsame Tarifrunde in Ost und West, in der Einkommen und Beschäftigung gestärkt werden sollen, hat die Bundestarifkommission der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt am Donnerstag in Frankfurt ihre Tarifforderungen beschlossen.

Der Stellvertretende IG-BAU-Vorsitzende Ernst-Ludwig Laux erklärte im Anschluss, die Gewerkschaft wolle Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 4,5 Prozent anheben und eine ein-

heitliche Lohn Tabelle für ganz Deutschland mit den Arbeitgebern vereinbaren. Um die gesetzlichen Maßnahmen gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung tarifpolitisch zu flankieren, fordert die Gewerkschaft im zweiten Anlauf die verbindliche Einführung der „Bau-Card“ noch in diesem Jahr. „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“, erklärte Laux. Bereits in der letzten Tarifrunde wurde von den Tarifparteien grundsätzlich vereinbart, einen fälschungssicheren, maschinenlesbaren Sozialversicherungsausweis einzuführen, der es den Baustel-

Lauthals verkünden die Arbeitgeber ihr Angebot von 3 % mehr Einkommen.
Alles Augenwischerei! Erst gibt es 5 Null-Monate und erst dann soll das Einkommen steigen!
 Das macht dann gerade mal lächerliche 1,75 % aus!

Die Beschäftigten im Baugewerbe lassen sich nicht abkoppeln.

Im Osten sollte es beim Mindestlohn sogar eine Null-Runde geben!
 Trotz Annäherungen bei den Rahmentarifverträgen gab es am Ende auch hier keine Einigung!

Wir waren bis zuletzt an einer Verhandlungslösung interessiert. Doch die sture Haltung einiger Betonköpfe auf Arbeitgeberseite machte einen annehmbaren Kompromiss unmöglich!

Ein Ergebnis zu Lasten der Beschäftigten in West und Ost ist mit der IG BAU nicht zu machen!

Ab sofort ist in den Betrieben der Arbeitskampf vorzubereiten!

- Am 7. Juni 2002 sind die Beschäftigten aufgerufen für mehrere Stunden in einem Warnstreik die Arbeit niederzulegen!

Wir kämpfen!

Unsere Geduld ist endgültig zu Ende!
 Die Baubeschäftigten haben es satt behandelt zu werden wie Beschäftigte dritter Klasse!

Alle Beschäftigten sind aufgerufen sich aktiv an der Auseinandersetzung zu beteiligen!

- In der Woche vom 10. bis 14. Juni 2002 findet die Urabstimmung über Streikmaßnahmen statt.

Nach der Urabstimmung werden wir uns in einem von den Arbeitgebern provozierten Arbeitskampf den notwendigen Respekt verschaffen.

Selbstbewusst werden die Beschäftigten am Bau für ihre Tarifverträge kämpfen.
So können Bauarbeitgeber nicht mit uns umgehen!

Ausgefüllte Beitrittserklärung senden an: IG Bauen-Agrar-Umwelt, Bundesvorstand, Olaf-Palme-Straße 19, 60439 Frankfurt am Main

Beitrittserklärung Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zur IG Bauen-Agrar-Umwelt

Name, Vorname: _____ Geburtsdatum: _____

Straße: _____ Telefon: _____

Postleitzahl, Ort: _____ ☐ beamtet ☐ angestellt ☐ gewerblich Nationalität (Autokennzeichen) (DE, IE, FI, GB, I)

tätig als: _____ E-Mail: _____ Nur für Auszubildende/ Ausbildung beendet: _____

Gewerbe/beruf: _____ Betrieb: _____

Tarif-Gehalt/St.-Lohn: _____ Teilzeit/Wochenstunden: _____ Monatsbeitrag von: _____ Die Beitragszahlung beginnt am: _____

Mit der Unterschrift erkenne ich die Satzung der IG Bauen-Agrar-Umwelt an. Gleichzeitig ermächtige ich die IG BAU bis auf Widerruf, die von mir zu entrichtenden satzungsgemäßen Beiträge monatlich zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____

(Genaue Name und Bezeichnung der kontofführenden Bank)

Ort und Datum: _____ Unterschrift der/ des Eintretenden: _____

Aufnehmende/r (bitte deutlich lesbar schreiben): _____

Nur wer Mitglied der IG BAU ist erhält Streikunterstützung

Jetzt Mitglied werden – gemeinsam packen wir es! Alle Beschäftigten sind Teil der Tarifrunde 2002.

Die tatkräftige Unterstützung jeder/jedes Beschäftigten – in West, Ost, Nord und Süd – entscheidet über unseren diesjährigen Erfolg!

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt



IG Metall und ver.di zur anstehenden Reform im Gesundheitswesen (Teil 2)

Politik schuld an der klammen finanziellen Lage der gesetzlichen Krankenkassen

Im ersten Teil dieses Interviews, das Jana Bender von ver.di mit Hans-Jürgen Urban, dem Leiter der Abteilungen Gesundheitspolitik beim IG Metall-Vorstand führte, äußerte Urban sich zu den Ursachen der Finanzierungsprobleme und widersprach einer Reihe populärer Deutungen. Im folgenden zweiten Teil entwickelt Urban Reformvorstellungen aus der Sicht der IG Metall.

verdi.de: Wie müssen für die IG Metall die Kernpunkte der bevorstehenden Gesundheitsreform aussehen?

HANS-JÜRGEN URBAN: Es wird nicht den „großen Wurf“ geben, der alles umkrempelt und die Probleme löst. Es wird immer wieder kleine Reformen geben müssen. Aber die Richtung muss stimmen. In den vergangenen Jahren war es oft ein Zick-Zack-Kurs: die verschiedenen Lobbyisten haben oft erfolgreich sinnvolle Reformen verhindert. Und sie sind weiter tätig. Die Positivliste für Arzneimittel liegt fertig in den Schubladen. Sie könnte längst Wirklichkeit sein, doch die Pharma-Industrie wusste das bisher stets erfolgreich zu verhindern.

Was die Kernpunkte einer solidarischen Reform betrifft: Wir müssen die Krankenversicherung ausbauen und damit die Basis der Beitragszahler erweitern. Alle Arbeiter und Angestellten sollten künftig – gleich, wie viel sie verdienen – in der gesetzlichen Krankenversicherung pflichtversichert sein. Deshalb muss die Versicherungspflichtgrenze aufgehoben werden. Als zweiten Schritt müssen die anderen Berufsgruppen in die gesetzliche Krankenversicherung integriert werden – also Selbstständige und Freiberufler; auch die Beamten sollten perspektivisch einbezogen werden. Die so reformierte Solidarversicherung muss für alle eine qualitativ hochwertige Versorgung sicherstellen, die dem sozialstaatlichen Anspruch genügt.

verdi.de: Und was würde aus der privaten Krankenversicherung?

HANS-JÜRGEN URBAN: Die private Krankenversicherung wird es dann in der heutigen Form, also als „Vollversicherung“, nicht mehr geben. Aber sie könnte sich auf das „Zusatzgeschäft“ konzentrieren. Auch wenn die gesetzliche Krankenversicherung für alle ein hochwertiges Angebot bereit hält, wird es Menschen geben, die mehr haben wollen. Das könnte die PKV abdecken, also dass, was oftmals „Luxusversorgung“ genannt wird – etwa die Garantie auf Chefarztbehandlung im Krankenhaus.

len-Kontrollen effektiver ermöglicht festzustellen, wer sich zu Recht und zu Unrecht auf der Baustelle aufhält. „Die Branche muss sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf der Illegalität ziehen, sonst nützen uns die ganzen schönen Gesetze aus Berlin wenig“, appellierte Laux an die Arbeitgeber.

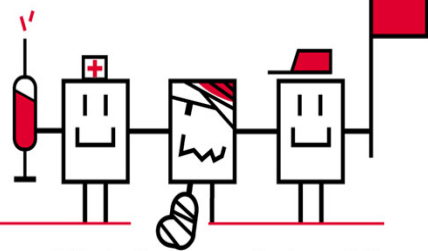
Ebenso auch in den neuen und alten Bundesländern einheitlicher Mindestlohn festgelegt werden, der nach Tätigkeit in mehrere Gruppen differenziert werden könne. „Ziel ist ein funktionierendes Tarifsystem, das dem Dumpingwettbewerb zwischen Ost und West sowie mit dem europäischen Ausland Grenzen setzt“, sagte Laux. Der Tarifvertrag müsse „europatauglich“ gemacht werden. „Dies erreichen wir durch die aktive Gestaltung möglichst einheitlicher, vergleichbarer und dadurch einfach anzuwendender Regeln in einem europäischen Markt und nicht durch einen Wettlauf nach den billigsten Konditionen“, erklärte Laux. Die neue gemeinsame Währung könne sich dabei als sehr nützlich erweisen für die Arbeitnehmer.

Der IG BAU-Vize begründete die Lohnforderung seiner Gewerkschaft ökonomisch mit einer für das nächste Jahr zu erwartenden Preissteigerung von zwei Prozent und einer voraussichtlichen Produktivitätssteigerung von 2,5 Prozent. „Wir wollen trotz schwieriger Wirtschaftslage die Bauleute nicht abkoppeln von notwendigen Einkommenssteigerungen. Deutschland ist nämlich auch deswegen in Europa beim Wachstum hinterher, weil die Löhne in den letzten zwei Jahren zu schwach angestiegen sind“, betonte Laux.

Die Vernichtung von Arbeitsplätzen am Bau sei im vergangenen Jahr mit einem Minus von 100.000 ein „Negativrekord ausgerechnet in dem Jahr, in dem mit 1,6 Prozent (West) die niedrigste Lohnerhöhung seit Jahren stattfand“, sagte der stellvertretende IG BAU-Vorsitzende. „Das Argument der Arbeitgeber und der sogenannten Experten, dass nur Lohnzurückhaltung oder sogar Verzicht die Arbeitsplätze sicher macht, ist von der Wirklichkeit schmerzhaft widerlegt worden.“

Gute Besserung!

Gewerkschaftliche Kampagne für eine solidarische Gesundheitspolitik



verdi.de: Also nur das, was die Menschen zusätzlich und freiwillig wollen?

HANS-JÜRGEN URBAN: Genau, und die Betonung liegt auf freiwillig. Es soll nicht so sein wie bei der Riester-Rente. Da wurde das Niveau in der gesetzlichen Rente so gekürzt, dass die Menschen sich privat zusätzlich versichern müssen, wenn sie die alte Rentenhöhe halten wollen. Das hat mit Freiwilligkeit nichts zu tun.

Außerdem muss die Gesundheitspolitik ein größeres Gewicht auf die Prävention, als die Vorbeugung von Krankheiten legen. Heute reagiert das System erst, wenn der Mensch krank ist. Es ist aber nicht nur viel sinnvoller, sondern auch billiger und sozial wertvoller, Krankheiten zu verhindern, als Krankheiten zu heilen. Dabei muss beachtet werden, dass die Chancen gesund alt zu werden, auch heute noch sozial sehr ungleich verteilt sind. In einem Punkt hat sich in den vergangenen 100 Jahren nichts geändert: Wer arm ist, stirbt früher. Das ist für eine reiche Gesellschaft wie der unseren ein Skandal. Das muss geändert werden, z.B. dadurch, dass Präventionsprogramme vor allem in sozialen Brennpunktreionen ansetzen.

Daneben müssen vor allem chronisch Kranke besser versorgt werden. Ärzte sollen an chronisch Kranken nicht mehr eine Therapie nach der anderen testen. Vielmehr müssen chronisch Kranke nach geprüften Behandlungsleitlinien versorgt werden. In diese müssen die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen, die Erfahrungen der Ärzte und vor allem die Bedürfnisse der Patienten eingehen. Das muss die Marschroute sein.

Und schließlich brauchen wir eine Positivliste für Medikamente. In Deutschland sind etwa 45 000 Medikamente auf dem Markt und fast täglich kommen neue dazu. Die Ärzte verlieren da schnell den Überblick. Die Positivliste würde die Medikamente auflisten, die nachweislich wirken und preisgünstig sind.

verdi.de: Was kritisiert die IG Metall an der Organisation der Gesundheitsversorgung?

HANS-JÜRGEN URBAN: Die starre Trennung zwischen den Versorgungsbereichen, also z.B. zwischen Facharzt, Hausarzt und Krankenhaus. Das hat Doppeluntersuchungen und Abstimmungsproblem zwischen den einzelnen Ärzten zur

Folge. Sie sind nicht nur lästig, sie können auch gesundheitsschädlich sein. Und zudem treiben sie die Kosten in die Höhe. Wir brauchen also integrierte Versorgungskonzepte, wie sie etwa durch Gesundheitszentren und Polikliniken oder Gemeinschaftspraxen möglich wären.

verdi.de: Was haltet ihr von dem sogenannten Gesundheitspass?

HANS-JÜRGEN URBAN: Der Gesundheitspass ist im Grundsatz in Ordnung. Ein solcher Pass macht Sinn, weil er Behandlungsinformationen sammeln und eine koordinierte Behandlung befördern kann. Aber da werden sehr intime Daten gesammelt, und das ist auch mit Risiken verbunden. Denn diese dürfen nicht in die falschen Hände fallen. Beim Arbeitgeber etwa hätten sie nichts zu suchen.

verdi.de: Was kann der Hausarzt als Lotse bewirken?

HANS-JÜRGEN URBAN: Der Grundgedanke ist richtig. Wie beim Gesundheitspass steckt der Teufel aber im Detail. Die Patienten brauchen einen Hausarzt, der sie durch den Dschungel des Gesundheitswesens führt. Bei ihm laufen alle Infos zusammen, er sorgt dafür, dass nicht doppelt untersucht wird usw. Allerdings kann die Gefahr bestehen, dass die Arztwahl allzu sehr eingeschränkt wird. Es darf nicht dazu kommen, dass der einzelne Patient einem Facharzt ausgeliefert ist, weil kein anderer in der Umgebung Teil des Versorgungsnetzes ist. Und vor allem: Die Hausärzte müssen sich für diesen anspruchsvollen Job qualifizieren und weiterbilden.

verdi.de: Wenn die einzelnen Punkte umgesetzt würden, bei welchem Prozentsatz läge dann der Beitrag für die Krankenkasse?

HANS-JÜRGEN URBAN: Das kann niemand sagen. Aber er wir hätten auf jeden Fall nicht das heutige Problem permanent steigender Beiträge – vor allem, weil die Einnahmenseite verbessert und an der richtigen Stelle gespart würde. Ein Teil der frei werdenden Mittel könnte dann dazu verwendet werden, die Beiträge zu senken. Der andere Teil aber müsste in die Vorbeugung und Qualitätsverbesserung gesteckt werden. Das wären sinnvolle Investitionen für die Zukunft, um Krankheiten zu vermeiden und die soziale Krankenversicherung zu stärken.

Die Fragen stellte Jana Bender

„Protektionismus ist eine gefährliche Krankheit – es steckt an.“

HB, Dienstag, 21.5.02. – Dies äußerte BDI-Hauptgeschäftsführer L. v. Wartenberg. „Der Vertrauensvorsprung, den die amerikanische Wirtschaft hatte, ist erst mal weg.“ Er nimmt Bezug auf die amerikanischen Schutzzölle beim Stahl.

BDA: „Fehlansätze der sozialen Sicherung beseitigen.“

HB, Freitag/Samstag, 24./25.5.02. – Die Arbeitgeber haben eine neue Arbeitsmarktverfassung vorgelegt. Ziel sei, das „Übermaß beschäftigungsfeindlicher Regulierungen im Arbeitsrecht“ und „Fehlansätze der sozialen Sicherung“ zu beseitigen, um den Arbeitsmarkt zu „entfesseln“, erklärte der Präsident der BDA, D. Hundt. Kern des Konzepts, „deutlich positive Beschäftigungswirkung“ zu erzielen, ist ein neues Arbeitsrecht. Der allgemeine Kündigungsschutz solle nur noch in Betrieben mit mehr als 20 Arbeitnehmern und bei Arbeitsverhältnissen gelten, die länger als 2 Jahre bestanden haben. Der Arbeitgeber solle die Möglichkeit erhalten, das Arbeitsverhältnis gegen Zahlung einer Abfindung in Höhe von 1/4 Monatsgehalt pro Beschäftigungsjahr durch das Arbeitsgericht auflösen zu lassen. Mehr Spielraum soll der „Wachstumsmotor Zeitarbeit“ bekommen und die Möglichkeiten erleichtern, Mehrarbeit anzusparen, um sie später für Qualifizierung, Kinderbetreuung oder flexiblen Übergang in den Ruhestand zu nutzen. Ähnlich wie Stoiber fordert Hundt, Betriebsräten und Arbeitgebern das Recht einzuräumen, von tariflichen Vorgaben abzuweichen, um Arbeitsplätze zu sichern. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes soll auf 12 Monate gekürzt und die Unterstützung ab dem 6. Monat abnehmen.

BDA: Lieber Stoiber als Schröder. Seine Forderungen findet Hundt eher im Wahlprogramm der CDU/CSU wieder. Von Kandidat E. Stoiber wünscht sich Hundt mehr Mut zu konkreten Vorschlägen. „Unzufrieden und enttäuscht“ zeigte sich Hundt von den arbeitsmarktpolitischen Vorstellungen Bundeskanzlers G. Schröder, die auf ein „Weiter so“ hinausliefen. Die BDA werde sich aber im Wahlkampf „neutral verhalten“.

Verfassungsorgan „unter Druck gesetzt“. – HB, Dienstag, 28.5.02. – Als ungeheuerlichen Vorgang bezeichnete der Präsident des BDI, Rogowski, die Verdi-Warnstreiks vor der Beratung des Tariftreue-Gesetzes im Bundesrat. Verdi missbrauche das Mittel des Arbeitskampfes, um ein Verfassungsorgan unter Druck zu setzen.

Presseauswertung: rst

Vor dem Bush-Besuch gab es in der PDS-Bundestagsfraktion eine kontroverse Debatte, wie man sich zur und auf

der Sondersitzung des Deutschen Bundestages verhalten soll. Die Meinungen waren breit gefächert. Nicht hingehen, protestieren, nichts machen usw. Nach langem Hin und Her hieß die Devise: Jede/r trägt eine Friedenstaube. Am Vorabend des 23. Mai erhalten auch die drei Abgeordneten Jelpke, Lippmann und Wolf ihre Friedenstaube. Sie kommen zu der Meinung, dass diese dezente Kritik nicht ausreicht.

Im Deutschen Bundestag beginnt der US-Präsident Bush seine Rede. Die drei genannten PDS-Abgeordnete enthüllen ihre Transparent: „Mr. Bush + Mr. Schröder: Stop your wars!“

Saaldiener entrissen den Parlamentariern das Tuch und drängen sie hinaus. Das „Neue Deutschland“ berichtet über den weiteren Gang der Dinge: „Bei einem kurzem Zusammentreffen der Fraktionschefs im Bundestag mit Bush, entschuldigt sich Roland Claus (PDS) – wie dpa berichtet – für das Verhalten seiner Kollegen. Er ärgert sich über diese Aktion. Sie widerspreche der Meinung der großen Mehrheit seiner Fraktion und hätte sie in Misskredit gebracht.“

Viele PDS-Mitglieder solidarisieren sich mit den drei Abgeordneten. Sie erhalten Hunderte von Zuschriften.

In einem Kommentar von Rene Heilig im ND kann man am 25. Mai lesen:

„Schämt euch, PDS-Pöbler! Bush im Reichstag beleidigt.“ So titelte gestern die „Bild“-Zeitung und meinte damit das Tuch, das drei PDS-Abgeordnete aufspannten ... Wenn die Forderung nach einem Ende von massenhaftem Mord, der Terror erzeugt, statt ihn zu beenden, eine Beleidigung ist – wäre die eilfertige Entschuldigung von Fraktionschef Roland Claus angebracht gewesen. Aber so ... Immerhin bekam der PDS-Fraktionschef dafür von Bush ein Schulterklopfen und in der „Washington Post“ einen Halbsatz – namenlos, als „ein Führer der früheren Kommunistischen Partei“. Toll! Aber: Jede Presse ist gut ... Da hatte Claus doch vorab dem Thierse versprochen, die PDS im Bundestag werde – so wie deren Senatoren – nicht provozieren. Er mag ja enttäuscht sein, dass die drei frei gewählt, also ihrem Gewissen Verpflichteten, ihm das vorher nicht offenbarten. Doch auch das hat Ursachen ...

Da waren Zehntausende auf der Straße, um genau das zu fordern, was mit dem Transparent gemeint war: Frieden und Gerechtigkeit! Nach langen Jahren planloser Enthaltsamkeit sammelt sich wieder überparteilicher, friedlicher Protest gegen machtpolitischen Völkermord. Nach langen Jahren politischer Hilflosigkeit zeigt vor allem Attac mit Klugheit Alternativen zum Überleben unserer Welt. Und im Parlament gibt es

– nach dem Abrutschen der Grünen – wieder eine Kraft, die Krieg als Instrument der Politik ablehnt. Und nun diese Entschuldigung vor Bush. Wäre es – um nur mal pragmatisch in den Herbst zu schauen – nicht einfacher, Claus und mit ihm die gleichfalls erregte Petra Pau – würden einfach zu den jungen Friedensaktivisten sagen: Bitte wählt uns nicht!? Aktuelle Umfragen belegen, dass viele, die ein Kreuz bei der PDS in Erwägung zogen, sich enttäuscht abwenden.“

In einem Interview in den Lokalberichten Köln vom 31. Mai erklärt die Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer:

„Dass die Friedenstaube und das Nichtklatschen bei Einigen im Nachgang zur Fraktionssitzung dann doch als zu wenig wahrnehmbar diskutiert wurde und sie diese Aktion vorbereiteten, kann ich gut nachvollziehen ... Ich hätte mir jedoch gewünscht, dass Winnie, Ulla und Heidi den anderen Fraktionsmitgliedern vor der Sitzung mitgeteilt hätten, dass sie ihre Meinung geändert haben.“

Zur Rede von US-Präsident Bush vor dem Bundestag erklären PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer und Fraktionsvorsitzender Roland Claus:

„Präsident Bush hat keinen Zweifel daran gelassen, dass die USA – wo immer sie es politisch für nötig und militärisch für machbar halten – das Recht auf Intervention in allen Teilen der Welt beanspruchen. Bushs Rhetorik, die heute europäischen Bedingungen angepasst war, ändert nichts an dieser Feststellung. Der Präsident hat klar gemacht, dass die USA von Deutschland und anderen europäischen Staaten aktive Beteiligung an solchen Militäraktionen erwarten, während die USA uneingeschränkte, weltweite Führungsrolle reklamieren.“

Erklärung der Abgeordneten Jelpke, Lippmann und Wolf zu ihrer Aktion im Bundestag:

„Der US-Präsident ist für die größten Aufrüstungsbemühungen in der Weltgeschichte verantwortlich ... Deswegen haben alle anwesenden Abgeordneten der PDS mit einer weißen Friedenstaube am Revers oder am Kostüm ihre kritische Haltung gegenüber der US-Politik zum Ausdruck gebracht. Wir hielten es darüber hinaus für unangemessen, die Rede des US-Präsidenten im Bundestag und die Ankündigung neuer Kriege, wie beispielsweise eines Angriffs gegen den Irak, stillschweigend hinzunehmen, ohne unserer Überzeugung, dass diese Kriege ein Ende haben müssen, Ausdruck zu verleihen ... Auch wenn das Transparent sofort weggerissen wurde, steht diese Botschaft im Raum und wird von Zehntausenden von Menschen, die auf den Straßen in Berlin und in anderen großen Städten demonstrieren, eindrucksvoll unterstützt.“

Zusammenstellung: jöd

Das Heft der PDS-nahen Rosa-Luxemburg-Stiftung „Standpunkte“ veröffentlicht in seiner neuesten Ausgabe einen Aufsatz der sich kritisch mit der Strategie der Bundes-PDS für den Wahlkampf 2002 auseinandersetzt.

Von Michael Chrapa

Die PDS hat sich im politischen System der Bundesrepublik etabliert. Sie ist die einzige linke Opposition im Bundestag, im Osten ist sie Regierungs- bzw. die stärkste Oppositionspartei. Vor diesen Konstellationen umreißt der Autor politische Risiken und fragt nach den Chancen der PDS bei der kommenden Bundestagswahl.

Seine Prämisse lautet: Auch für die PDS gibt es kein Naturgesetz ständig größerer Wahlerfolge: In Sachsen-Anhalt verlor die Partei rund 20 Prozent ihrer Wähler und musste ihr jahrelang angestrebtes Projekt einer SPD-PDS-Koalition von der Tagesordnung nehmen.

In Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin muss die PDS den Test ihrer Koalitionen mit der SPD auf Landesebene im September erst noch bestehen. Die Bevölkerung wird darüber befinden, ob mit der PDS etwas anders und besser war als ohne sie.

Die PDS sollte über einen eigenen Politikstil nachdenken und ihre Handlungsfähigkeit wieder stärker an den Interessen der Menschen entwickeln. Eine veränderte Lage erfordert kein „Weiter so“, sondern einen Ausbau des Protestpotenzials, eine enge Verbindung mit sozialen Bewegungen.

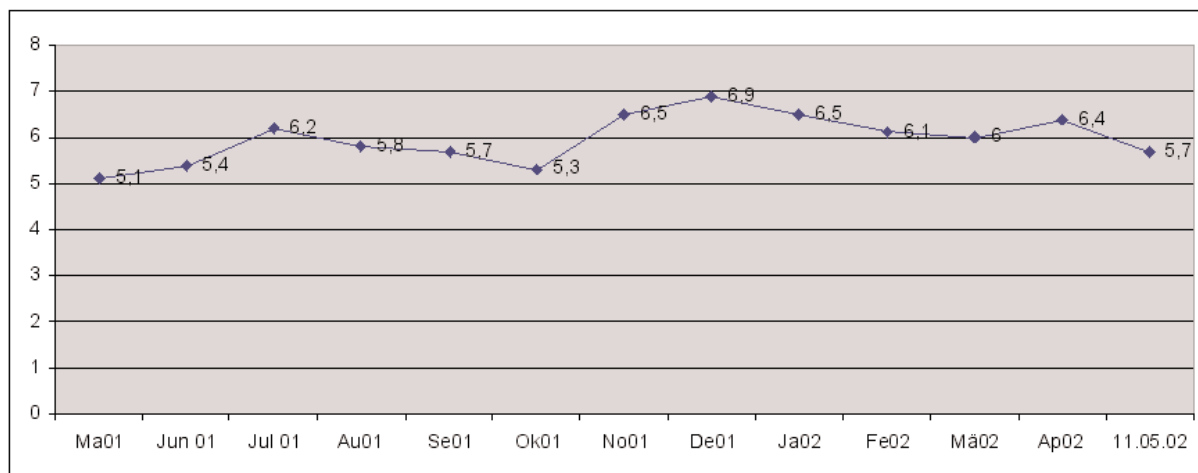
Das Volk – der große Lümmel

Zwischen zwei Wahlen können Parteien, die es wieder einmal geschafft haben, glauben, sie seien ein Wert an sich. Sie können mit Eifer so genannte Sachzwänge exekutieren und/oder in harmonischer Einmütigkeit von Eliten dem Volk verordnen, was dieses zu seinem Glück unbedingt braucht. Unvermeidlich kommt der kleine Mann von der Straße und mehr noch die Frau, die mit Kind und Arbeit gefordert ist, dann zu dem unschönen Eindruck über die Regierenden und die Parteien ganz allgemein: Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm. Herannahende Wahlen verängstigen die gewählten Vertreter des Volkes mit erfreulicher Regelmäßigkeit. Während in Diktaturen unklar ist, wann sich der „große Lümmel, das Volk“ zu Wort meldet, haben Demokratien dafür feste Daten. In Deutschland ist es am 22. September wieder so weit. Die subalterne Bevölkerung verwandelt sich ein weiteres Mal in eine untreue, unsichere, unberechenbare Wähler- und vor allem Nichtwählerschaft. Für einen Tag hat sie zwar nicht das große Sagen, aber doch das Wort über die Zusammensetzung des politischen Personals der nächsten vier Jahre.

Die PDS ist angekommen in der

Stärken und Schwächen der PDS im Wahljahr 2002

**Übersicht 1: Aussagen zur PDS in der »Sonntagsfrage im Zeitverlauf«
(Angaben in %)**



Quelle: Resultate aller verfügbaren Meinungsumfragen, eigene Berechnungen.

Bundesrepublik. Auch für sie gibt es kein Naturgesetz ständig größerer Wahlerfolge. Um so mehr ihre Repräsentanten hineingewählt wurden in die so genannte Verantwortung, um so mehr stellt sich für die Wähler die Frage nach dem Gebrauchswert der PDS. In Sachsen-Anhalt hat die PDS rund 20 Prozent ihrer Wähler verloren und nur eine niedrige Wahlbeteiligung hat diesen Verlust verschleiert und ihr einen leichten relativen Gewinn beschert. Das von der PDS über viele Jahre angestrebte Projekt einer SPD-PDS-Koalition wurde von der Tagesordnung genommen. In Mecklenburg-Vorpommern muss die PDS den Test ihrer ersten Koalition mit der SPD auf Landesebene im September erst noch bestehen. Dort wie auch jetzt in Berlin ist es nicht die PDS, sondern ist es die Bevölkerung, die darüber befindet, ob mit der PDS etwas anders und besser war als ohne sie. Es sind die bisherigen Erfolge der PDS, die unvermeidlich die Frage aufwerfen, wie sie den damit verbundenen Anforderungen gerecht geworden ist: Sie hat sich, für fast alle unerwartet, als Partei im politischen System der Bundesrepublik etabliert. Sie ist gegenwärtig die einzige linke Oppositionspartei im Bundestag. Im Osten ist sie in zwei Ländern Regierungspartei, in den anderen

Ländern die stärkste Oppositionspartei. Der Lämmel, das Volk, darf sich nun fragen: So what? Was hat's gebracht?

Wenn das Volk am Wahltag als Volker und Susi, als Markus und Marina ihre Stimme „abgeben“, so tun sie dies wortwörtlich: Sie suchen jemanden, den sie beauftragen, ihre Interessen auf der Ebene des parlamentarischen Systems auf Zeit zu vertreten. Sie erwarten nicht viel und kriegen oft noch weniger, weshalb sie dann auch oft geneigt sind, einfach der Wahl fernbleiben. Sie haben dann keinen glaubwürdigen Vertreter gefunden. Man braucht sich dabei überhaupt nicht wundern: Es existieren sowohl eine verbreitete Politik- bzw. Parteienverdrossenheit als auch große Wählerfluktuationen in Dimensionen, die in Bezug auf künftige Wahlen keinerlei Sorglosigkeit zulassen. Ersteres muss die davon ebenfalls betroffene PDS darauf verweisen, sehr gründlich über den eigenen Politikstil nachzudenken. Der zweite Faktor unterstreicht, dass Wahlen in der Tat bis zur Stimmabgabe „offen“ sind (siehe Tabelle 3). Ein beträchtlicher Teil der Wähler entscheidet erst sehr kurz vorher oder sogar am Wahltag, wen er wählt. Dieser Umstand belegt auch, dass das fast hypnotische Starren auf aktuelle Umfragen (die ja faktisch nur Netto-Werte vermit-

teln) ohne Orientierungen auf Motive, Einstellungen etc. an der Realität vorbei laufen kann. Drittens sollten vorhandene Illusionen über den „Stammwählerbestand“ der PDS zu Grabe getragen werden. Gerade infolge der erreichten relativ hohen Wahlergebnisse in den neuen Bundesländern hatte sie viele für sich gewonnen, die sie auch wieder verlieren kann.

Die veränderte Lage muss zur Kenntnis genommen werden

Die Bundestagswahlen des Jahres 2002 finden in einem gegenüber 1994 oder 1998 stark veränderten Umfeld statt. Die PDS muss diesen Veränderungen Rechnung tragen, hat aber nach 1998 eher ein Weiter-So praktiziert. Zwei solcher Veränderungen seien genannt:

Erstens: Das Projekt der Neuen Mitte, der Dritten Wege oder auch eines gemäßigten Konservatismus hat sich in den USA wie auch in Europa als nicht stabil erwiesen. Wurden erst die Konservativen abgewählt, so hat es seit Ende der neunziger Jahre immer neue sozialdemokratische Regierungen erfasst. In der sozialen Frage waren dies alles Projekte, die rechts von der Mitte lagen. Von der Farbe Rosa keine Spur. Es verwundert deshalb nicht, dass die SPD in Umfragen zwischen 1998 und 2002 auf verschiedenen wichtigen sozialen Feldern Verluste bei der Kompetenzzuschreibung hinnehmen musste (siehe Tabelle 7).

Eine Orientierung auf ein Bündnis mit der SPD erscheint in diesem Zusammenhang in doppelter Hinsicht falsch. Sie ist strategisch falsch, da die programmatischen Gemeinsamkeiten zwischen der SPD auf Schröder-Kurs und der PDS minimal sind im Vergleich zu den Gemeinsamkeiten zwischen SPD und CDU/CSU,

Tabelle 3: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, 21. April 2002: Zeitpunkt der Wahlentscheidung
(Angaben in Prozent, gerundet)

	Am Wahltag	Während der letzten Tage	In den letzten Wochen	Vor längerer Zeit	Wähle immer dieselbe Partei
Alle	13	15	17	31	18
SPD	14	14	13	30	23
CDU	12	13	15	34	19
PDS	9	12	15	35	25
FDP	15	24	27	25	6
B/Gr	17	23	15	27	14
Schill	11	29	36	28	(1)

Quelle: ARD/Infratest dimap Wahltagsbefragung. In: dimap-Studie, S. 21.

Tabelle 7: Parteien-Images im Zeitverlauf (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent, gerundet)

Diese Partei ...		Ost			West		
		1998	2000	2001	1998	2000	2001
Hat zukunftsorientierte Ideen	PDS	13	25	16	2	7	4
	SPD	26	28	17	37	37	17
	Keine	20	22	26	17	20	29
Hat gute Politiker/innen	PDS	24	25	25	3	7	8
	SPD	41	32	32	41	44	39
	Keine	16	22	26	19	19	23
Steht für gute Wirtschaftspolitik	PDS	8	12	12	1	1	2
	SPD	36	26	26	37	37	30
	Keine	19	27	24	16	20	21
Vertritt richtige Außenpolitik	PDS	4	26	0	0	9	9
	SPD	23	40	33	33	47	47
	Keine	16	10	14	14	7	7
Hat gute Konzepte für innere Sicherheit	PDS	7	11	1	1	2	2
	SPD	19	22	27	27	20	20
	Keine	25	27	19	19	26	26
Tritt für sozial Schwächere ein	PDS	48	36	10	13	13	13
	SPD	45	20	63	29	29	29
	Keine	6	17	12	23	23	23
Setzt sich für Menschen in Ostdeutschland ein	PDS	63	47	41	35	35	35
	SPD	21	12	26	22	22	22
	Keine	6	15	11	13	13	13
Ist für Demokratie von unten	PDS	25	29	7	8	8	8
	SPD	27	10	35	14	14	14
	Keine	16	21	14	28	28	28

Quellen/Erhebungsinstitute: 1998 = Info-Institut Berlin, 2000 = Emnid (im Auftrag von FOKUS/SocialData), 2001 = FOKUS

F.D.P. und Bündnis 90/Die Grünen, also zwischen allen anderen Parteien im Bundestag. Es gibt kein gemeinsames Projekt, das SPD und PDS gemeinsam stabil tragen könnten, sondern höchstens taktische Kooperation.

Dies stellt eine Veränderung gegenüber 1998 dar. Damals war die SPD mit einer Doppelspitze Schröder und Lafontaine in den Wahlkampf gegangen. Sie trat buchstäblich janusköpfig auf: Während das Herz des einen links schlug, suchte der andere den Schulterchluss mit den Bossen. Im Jahre 2002 hat die SPD nur noch einen Kopf und der steht für ein gemäßigt liberales Projekt.

Es ist aber nicht nur das Fehlen eines gemeinsamen strategischen Projekts zwischen SPD und PDS, das der PDS selbst den Ansatz eines Zusammengehens mit der SPD gegenwärtig nicht opportun erscheinen lassen sollte. Auch die taktische Kooperation scheint problematisch:

Die PDS könnte sonst in den Abwärtstrend der SPD geraten und für ein Projekt mit abgestraft werden, dass sie selbst nicht trägt und auch nicht getragen hat. Obwohl sie von der SPD weit links liegen gelassen wurde, würde sie dann die Quittung für deren Mitte-Rechts-Politik bekommen.

Wie die jüngsten Analysen von Emnid (Wochenfrage von Emnid, 11. Mai 2002, siehe www.n-tv.de) zeigen, gibt es für wichtige Mitte-Rechts-Projekte von SPD/Grünen und CDU/CSU und F.D.P. gleichermaßen keine Mehrheiten. Dies betrifft u. a. die Einführung eines Niedriglohnssektors genauso wie die einfache Zusammenlegung von Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe. Die Rezepte der herrschenden Eliten stehen im Widerspruch zu den stabilen Erwartungen breiter Schichten der Bevölkerung und im besonderen zu den Einstellungen der potenziellen PDS-Wähler. Würde die

PDS signalisieren, dass sie sich den genannten Rezepten annähert, würde sie ihre Stammwähler demobilisieren, Wechselwähler abschrecken und Nichtwähler gar nicht erst erreichen. Sie könnte sogar die Mitgliedschaft der eigenen Partei demotivieren, sich im Wahlkampf zu engagieren.

Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt war nicht nur das Ende des „Magdeburger Modells“, sondern ebenso – bestimmt durch den Willen der Bürgerinnen und Bürger das Zeichen für das unmissverständliche Scheitern der dortigen Rot-Rot-Option. Dafür sprechen klare Fakten:

SPD und PDS haben in Sachsen-Anhalt zusammen ca. 135 Tsd. Stimmen gewonnen (von Parteien, Nicht- und Erstwählern), aber gleichzeitig gegenüber 1998 allein an andere Parteien und Nichtwähler 417 Tsd. Stimmen (etwa 20 Prozent der Wahlberechtigten) verloren. In 48 der 49 Wahlkreise siegten die CDU-Kandidaten – zumeist mit beachtlichem Vorsprung. Wenn man Rot-Rot (und eine starke PDS) wirklich gewollt hätte, dann wäre die PDS allein durch die 58 Tsd. Wählerinnen und Wähler, die sie absolut 2002 gegenüber 1998 verloren hat, auf einen Stimmanteil von mindestens 25 Prozent gekommen.

Teile der PDS-Führungen haben den oben genannten Veränderungen vor dem Wahlparteitag in Rostock Rechnung getragen und die Präambel des Wahlprogramms noch einmal geändert. Dort heißt es nun eindeutig: „Die PDS hat viel geleistet, um Voraussetzungen für eine politische und gesellschaftliche Alternative zu schaffen. Auf Seiten der Sozialdemokratie bestehen diese Bedingungen jedoch ganz offenkundig noch nicht. Deshalb kann es für die PDS gegenwärtig keine andere Entscheidung geben: Sie geht als oppositionelle Partei gegenüber der jetzigen Regierungspolitik und deren

allzu ähnlichen konservativen Alternativen in den Bundestagswahlkampf 2002 und in die neue Legislaturperiode. Das sollen die Wählerinnen und Wähler wissen. Darauf können sie sich verlassen.“ (Siehe Wahlprogramm der PDS, Präambel. www.pds-online.de)

Aber allein der Fakt, dass es dieser Veränderung bedurfte und die Tatsache, dass schon auf dem Parteitag wichtige Vertreter der PDS scheinbar doch „alles“ offen ließen, erzeugte in der Öffentlichkeit Misstrauen. Eine Partei wird aber nur dann gewählt, wenn ihr vertraut wird. Da die Wählerinnen und Wähler sie nach der Wahl als „Repräsentanten“ der Wähler, die aber dann in der Regel nur ihren Parteien gegenüber verantwortlich sind, ja nicht kontrollieren können, ist jeder Eindruck taktischer Spiele und jäher Wendungen kontraproduktiv. Strategische Unschärfe und taktische Unglaubwürdigkeit könnten zusammen sogar den Wiedereinzug der PDS in den Bundestag gefährden.

Zweitens: Das politische System in Deutschland krankt an seinen Akteuren. In einer Blockade-Situation, die vom parlamentarischen Kräfteverhältnis der großen Parteien her an ein „Patt“ erinnert, gehen keine wesentlichen Impulse für ein neues Gesellschaftsprojekt mit „Aufbruchcharakter“ aus. Im Ganzen scheint ein Szenario des „Durchwurstelns“ mit Verstärkung konservativer Elemente vorzuliegen. Dies vermehrt Enttäuschungen in der Bevölkerung und verstärkt die durch Affären ohnehin angegriffene Legitimation politischer Akteure. Seit etwa 1999 ist – empirisch nachweisbar – eine Politik- und Parteienverdrossenheit entstanden, die bis weit in die „Mitte“ der Gesellschaft reicht und die als sehr ernst zu bezeichnen wäre.

Als negative Erfahrungen der PDS aus den Wahlen in Sachsen-Anhalt können gelten: Im Ganzen erfolgte eine zu geringe Artikulation der tatsächlich vorhandenen Probleme und Frustrationen in der Bevölkerung. Wie die aktuellen Analysen zeigen, wurden die Wahlen durch Hoffnungen in Bezug auf die Themenfelder „Wirtschaftspolitik“ und „Arbeitsmarktpolitik“ entschieden, beides Gebiete, auf denen die PDS-Angebote bzw. Botschaften der Partei schwach waren (siehe Tabelle 4). Gleichzeitig hat die PDS offensichtlich auch mit Rücksichtnahme auf den angestrebten Koalitionspartner und angesichts der Tatsache, dass sie selbst die SPD acht Jahre als Regierung toleriert hat, es nicht vermocht, Unzufriedenheit von links mit der notwendigen Klarheit zum Ausdruck zu bringen.

Es muss von einem „unscharfen“ (besser: unscharf gewordenem) Profil der PDS gesprochen werden, bei dem sich insbesondere die „Protest-Komponente“ deutlich zurückentwickelt hat. Ebenfalls durch Analysen belegt ist der Umstand, dass es bis Anfang März 2002 in Sachsen-Anhalt etwa 15 bis 20 Prozent der Wahlberechtigten gab, die Protest artikulier-

ten, von der Wahlabsicht her unentschieden waren, gleichzeitig aber der PDS gute Images zuschrieben. Dies hätte der Partei zu einem Stimmanteil in der Größenordnung von 25 Prozent verhelfen können.

Die Bedeutung einer linken Artikulation von Protest, von offener Kritik des herrschenden Elitismus und seiner so genannten Sachzwanglogik ist auch deshalb gegeben, weil sonst der Rechten das Feld überlassen wird: Der rechtsnationalistische und rechtskonservative bis rechtsextreme Populismus zieht seine Stärke vor allem daraus, dass er ignorierte Positionen gerade der „einfachen Leute“ zur Sprache bringt, Positionen, die der elitäre Konsens der Sachzwänge und politischen Korrektheit verdrängt hat. Es sind nicht zuletzt die Verlierer einer neoliberalen Globalisierung und Europäisierung, die sich hier vertreten fühlen. Wieder einmal gelingt es der Rechten, wahlpolitisch beträchtliche Protestpotenziale an sich zu binden. Die Schwäche der Linken, glaubwürdig sozialen Protest zu artikulieren und wirksam in das politische System einzubringen, ist

Die strategische Schwäche der PDS

Anders als noch vor Jahren müssen sich die Ergebnisse der PDS bei der so genannten Sonntagsfrage durch Wahlen keinesfalls automatisch nach oben korrigieren, wie die Wahl in Sachsen-Anhalt beweist. Die Stammwählerschaft liegt bestenfalls bei 50 Prozent und selbst diese muss mobilisiert werden. Auch sie steht teilweise misstrauisch der eigenen Stammpartei gegenüber.

Die PDS muss deshalb dringend auf mehreren Feldern Veränderungen herbeiführen. Das betrifft vor allem:

Erstens ihre Erkennbarkeit, ihr eigenes Profil als Projekt in deutlichem Unterschied zu anderen Parteien. Weit entfernt von jedem Elitarismus oder Avantgardismus muss sie zeigen, dass sie nicht nur „das Schlimmste/die schlimmsten Folgen“ anderer Politiken einschränkt, sondern dass sie ein eigenes soziales und demokratisches sowie ziviles Projekt hat!

Zweitens ihre Erkennbarkeit in Bezug auf Sorgen, Nöte und Wünsche vieler „einfachen“ Bürgerinnen und Bürger. Ein spezifisches „Produkt“ des Projektes

Der Gebrauchswert der PDS – ein neues strategisches Projekt

Insgesamt stellt sich also die Frage: Wie und mit welchen Inhalten kann das „Projekt PDS“ auf lange Sicht im Rahmen der bundesdeutschen Gesellschaft (und mindestens mit europaweitem Blick) klarer profiliert werden? Die dabei zu entwickelnden Grundpositionen müssen den realen Konfliktlinien in modernen Gesellschaften entsprechen, Stringenz aufweisen sowie verständlich/vermittelbar und kompatibel mit praktischer Politik (den inneren Zustand der PDS einschließend) sein.

Strategische Überlegungen sollten über Legislaturperioden hinaus reichen und die Dialektik sozialer Zeit (in der Verschränkung von Prozessketten sozialer und politischer Vorgänge) berücksichtigen. Inhaltlich steht die PDS vor der Aufgabe, an der Profilierung eines Projektes über gegenwärtige Konstellationen hinaus (auf die SPD bezogen: an einem „Post-Schröder-Projekt“) zu arbeiten.

Für ein solches Vorhaben bieten sich Überlegungen an, die mitunter an den Begriff der „Mitte-Unten-Option“ („Mitte-Links-Mehrheit“, „Soziale Mehrheit“) gebunden sind.

Nicht selten wird eine solche Kategorie verengt nur auf Koalitionsvarianten bezogen. Vom Kern her geht es aber um ein neues politisches (aber nicht nur auf das politische System im engeren Sinne bezogenes) Kräfteverhältnis bei der Gestaltung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit, für größere Möglichkeiten in Bezug auf Selbstorganisation der Bürger und „Demokratie von unten“ sowie für eine neue Festlegung der Außenpolitik in Richtung auf friedliche Konfliktthandhabung.

Die Herausbildung einer „Mitte-Unten-Option“ betrifft in erster Linie folgende Schwerpunkte und Dimensionen: „Mitte-Unten-Option“ („Soziale Mehrheit“) als kulturelles Projekt und als Leitbild.

Entscheidende kulturelle Aufgabe der „Mitte-Unten-Option“ ist es, einen Wandel in der öffentlichen Meinung und in den alltagskulturellen Vorstellungen vieler Menschen anzuregen und zu befördern. Dieser kulturelle Wandel betrifft vor allem eine konsequente Verurteilung des Krieges als Mittel der Politik und eine Neubestimmung des Verhältnisses von „Markt“ und „Bürgergesellschaft“. Dies zielt auf eine Wirkungsbegrenzung der Profitdominanz und der „Kapitallogik“ und auf das schrittweise Aufkommen einer „Soziallogik“. (Siehe Dieter Klein: „Demokratischer Sozialismus als transformatorisches Projekt“. Berlin 2002.)

Sowohl in Übereinstimmung mit empirisch ermittelten Einstellungen vieler Menschen als auch mit programmatischen Vorstellungen der PDS wäre anzustreben, dass entscheidende „öffentliche Güter“ nicht vorrangig durch die Marktgesetze beeinflusst sind, sondern allen

Tabelle 4: Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, 21. April 2002: Wahlentscheidende Themen in Wählergruppen (Mehrfachnennungen möglich, Angaben in Prozent, gerundet.)

	Wirtschafts-politik	Arbeits-markt-politik	Soziale Gerech-tigkeit	Schul-/Bildungs-politik	Aus-länder-politik	Verbre-chensbe-kämpfung	Umwelt-politik	SPD-Spenden-affäre	Ver-kehrs-politik
Alle Wähler von	45	37	28	15	10	8	6	4	3
SPD	36	28	36	11	7	9	8	2	5
CDU	59	42	16	12	11	8	3	4	2
PDS	27	37	51	19	7	6	4	4	2
FDP	58	42	19	20	6	6	3	3	3
B/Gr	17	14	22	18	12	1	66	2	6
SCHILL	33	37	20	12	38	32	2	6	4
Wechsler von and. Parteien									
zur CDU	64	47	16	12	10	7	3	5	2
zur FDP	62	43	20	20	8	5	4	4	3
zu SCHILL	35	35	20	11	39	34	2	7	4
Abgänge von									
SPD	54	45	26	15	8	8	5	6	2
DVU	49	37	21	8	20	12	5	6	3

Quelle: ARD/Infratest dimap Wahltagsbefragung. In: dimap-Studie, S. 17.

die Stärke der extremen Rechten. Während es rechte Parteien sind, die den Frust bündeln, sind auf der linken Seite die Parteien vielfach geschwächt.

Soziale Bewegungen haben seit 1999 die Straßen besetzt. In Italien sind die Gewerkschaften zur wichtigsten Oppositionskraft geworden. In Frankreich wurde bei den Präsidentschaftswahlen durch die Zerstrittenheit der Linken ein Mitte-Links-Bündnis zu Fall gebracht. Die neuen sozialen Bewegungen misstrauen den Parteien und stehen mehrheitlich jedem Versuch der Reformierung von oben durch den Staat zutiefst skeptisch bis feindlich gegenüber. Eine linke Partei, die sich nicht als glaubwürdiger Partner dieser emanzipativen Bewegungen zu erweisen vermag, wird als Teil des Establishments angesehen und nicht durch die Anhänger dieser Bewegungen gewählt werden.

PDS muss und kann es sein, dass die PDS Widersprüche ausspricht, in die Öffentlichkeit bringt und skandalöse Verhältnisse aufdeckt. Das „Protest-Potenzial“ ist weiterhin immens (über 20 der Wahlberechtigten). Wenn die PDS ihr Profil verwischt, wird es sich rechtspopulistisch und/oder bei den Konservativen binden.

Drittens ihre Erkennbarkeit durch die Erlebbarkeit in Aktionen. Die „Kampagnen-Tätigkeit“ der PDS ist seit Jahren einer ihrer schwachen Punkte. Die Mobilisierung im Zusammenhang mit den Kriegen der Bundesrepublik gegen Jugoslawien und im Mittleren Osten hat diesen Tatbestand etwas relativiert. Diese Schwäche ist um so dramatischer, da gerade die PDS es mit ausreichend Themen zu tun hat, um den Slogan „Reclaim the street!“ auf ihre Art mit Leben zu erfüllen.

Bürgerinnen und Bürgern als Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben zu Verfügung stehen. (Siehe Michael Chrapa „Freiheitsgüter als Werte und Motivation“. Studie. Berlin/Halle 2002.)

Die bewusste Orientierung auf „Selbstorganisation“ und Freiheit bei der Lebensgestaltung ist bei all dem unverzichtbar.

„Mitte-Unten-Option“ („Soziale Mehrheit“) als breites Aktionsbündnis verschiedenster Akteure.

Eine solche Zielstellung betrifft vor allem das aktive Verhalten der PDS im angestrebten Zusammenwirken von großen Organisationen (z. B. Gewerkschaften, Kirchen), sozialen Bewegungen, Verbänden oder Netzwerken. In welchen Formen sich künftig Aktionsbündnisse entwickeln, die eine „Mitte-Unten-Option“ hegemonial werden lassen, ist gegenwärtig noch nicht abzusehen.

Auf jeden Fall muss die PDS ihr Verhältnis zu den neuen sozialen Bewegungen, insbesondere zu den globalisierungskritischen Akteuren, klarer festlegen. Hier bedarf es einer wirklichen Wende in Politikstil und Orientierung. Trotz anerkannter Bestrebungen einzelner Personen und lokaler Verbände dominieren in der PDS bislang zwei Haltungen: Zum einen gibt es das mit verbalen Sympathieerklärungen umrahmte faktische Ignorieren der Bewegungen, teils aus Unsicherheit, bzw. Überforderungsangst, teils aus der machtpolitischen Sorge heraus, Anschluss an sehr kritische Positionen würde mögliche Koalitionspartner abschrecken.

Zum anderen sind Absichten gegeben, man könne –alten revolutionstheoretischen Konzepten folgend – die neuen Akteure vereinnahmen und instrumentalisieren.

Beide Positionen sind falsch und auf Dauer für die PDS sehr gefährlich. Ebenso problematisch ist die in diesem Zusammenhang entwickelte Forderung, die PDS müsse sich selbst durchgängig in eine Bewegung „verwandeln“. Erkenntnisse der modernen Bewegungsforschung verweisen darauf, dass die produktivsten Beziehungen zwischen Parteien und Bewegungen auf Selbstständigkeit und „Tausch“ beruhen. (Siehe Joachim Raschke: Machtwechsel und soziale Bewegungen. In: Ansgar Klein/Hans-Josef Legrand/Thomas Leif: Neue soziale Bewegungen. Opladen 1999, S. 84.) Dies würde für die PDS in der Zukunft dringend erforderlich machen:

- nachhaltige öffentliche Positionsbestimmung zu den Bewegungen, Initiierung innerparteilicher Debatten;
- Erweiterung des Wissens über Inhalt und Probleme moderner sozialer Bewegungen;

- intensiver Kontakt- und Informationsaustausch;
- eigenständige thematische Aktionen (durchaus in Parallelität zu Bewegungen);

- personengebundenes Engagement in Bewegungen und Vermittlung von Erfahrungen innerhalb der PDS.

„Mitte-Unten-Option“ („Soziale Mehrheit“) als mögliches direktes Bündnis von politischen Parteien, auch in Form von Koalitionen.

Inwieweit es zu solchen Bündnissen kommt, muss ebenfalls die Zukunft zeigen. Sie machen nur dann Sinn, wenn sie tief in der Gesellschaft verankert sind, durch eine breites Aktionsbündnis über längere Zeit getragen werden und von den Beteiligten als strategisches Projekt akzeptiert werden, das auch stärkeren Belastungen stand hält. Bereits heute aber könnte auch die PDS dem Problem „Koalition“ der Nimbus von „Geheimverhandlungen“ nehmen – durch ein größeres Maß an Öffentlichkeit, darunter durch genauere öffentliche Erklärungen und Angebote.

Die hier vorgestellten Überlegungen bleiben skizzenhaft. Als wichtige Arbeitsaufgabe eines strategischen Zentrums innerhalb der PDS stellt sich dar, einen Komplex von Einzelprojekten zu den Themen „Friedliche Konfliktlösungen“, „Soziale Sicherheit“, „Arbeit“ und „Erweiterte Partizipation/Selbstorganisation“ so auszuarbeiten und zu verbreiten, damit sie über längere Zeit zu Diskussionsgegenständen werden können.

Der Wahlkampf läuft – die Uhr tickt

Wählerinnen und Wähler sind weder an den inneren Streitigkeiten einer Partei noch an internen Prognosen oder Zahlenspielen sonderlich interessiert. Sie erwarten klare Botschaften und Aktion. Die PDS hätte die besondere Chance, auf die Schlüsselworte „Öffentlichkeit“ und „Sinnlichkeit“ zu setzen. Sie muss ihren Wahlkampf in den Monaten Juni bis September 2002 unüberhörbar und unübersehbar entfalten, wenn sie ihre möglichen Wählerinnen und Wähler mobilisieren will.

Vier Momente scheinen hier besonders wichtig zu sein:

Erstens müsste es um die Präsenz der PDS in der „Vielfalt der Öffentlichkeiten“ gehen. Dies betrifft sowohl die Medien als auch – und vor allem – Straßen, Plätze, Begegnungen, Feste, Demonstrationen u.v.a.m. Plakate und andere Werbemittel können Aufmerksamkeit binden und auf die PDS richten – die entscheidenden Botschaften aber werden über Menschen, über Gespräche und Argumentationen vermittelt.

Zweitens hat die PDS allen Grund, selbstbewusst Protest zu artikulieren. Das Motto ihres Wahlprogramms „Es geht auch anders!“ weist in diese Richtung. Das Eintreten für Alternativen – für Umverteilung, gegen realen und drohenden Krieg – fordert den kulturvollen, emotionalen und energischen Protest gegen den Geist herrschender Politik geradezu heraus. Dieser Protest, auch mit Witz, Ironie und beißender Satire garniert, kann viele Menschen ermuntern und ihnen Mut machen. Die Akteure der globalisierungskritischen Bewegung haben dies an zahlreichen Orten demonstriert. Drittens steht die Orientierung auf Protest durchaus in keinem unüberbrückbaren Gegensatz zur Positionierung der PDS in den Regierungen zweier Bundesländer. Doch auch hier warten viele Wählerinnen und Wähler auf weitere Botschaften: Was tut die PDS dort? Wie geht es weiter – wirtschaftlich, sozial und in Hinsicht auf die Beziehungen der Koalitionspartner? Für den Wahlkampf der PDS auf Bundesebene können deshalb Signale aus Mecklenburg-Vorpommern und vor allem Berlin sehr bedeutsam sein.

Viertens muss sich die PDS gerade im Wahlkampf über ihren Stil der Außenartikulation klar werden. Einer Partei, die sich als sozialistisch definiert, stehen auch selbstkritische Wertungen in der Öffentlichkeit gut zu Gesicht. Spielerei mit den kleinsten Prozenten werden Wählerinnen und Wähler kaum honorieren: Sie kennen so etwas nur zu gut, aus verschiedenen Erfahrungen und geschichtlichen Zusammenhängen heraus.

Obwohl die PDS auf absehbare Zeit eine „kleine“ Partei bleiben wird, hat sie – potenziell – große Chancen, in mancher Hinsicht größere sogar als 1998. Allerdings sind dies ganz andere Chancen als die von Bündnis 90/Die Grünen oder der FDP. Es wird sich zeigen, was die Partei aus dem Spektrum ihrer Möglichkeiten realisieren kann. Die in den 1980er Jahren, in der Endzeit der DDR, mitunter beschworene Zeile eines bekannten Songs „Mit dem Gesicht zum Volke“ hat heute für die PDS mehr denn je Gültigkeit.

Quelle: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 2/2002, www.rosaluxemburgstiftung.de



Auftritt der PDS-Spitze – ist der Unterschied zu anderen erkennbar?

Globalisierung in Vielfalt

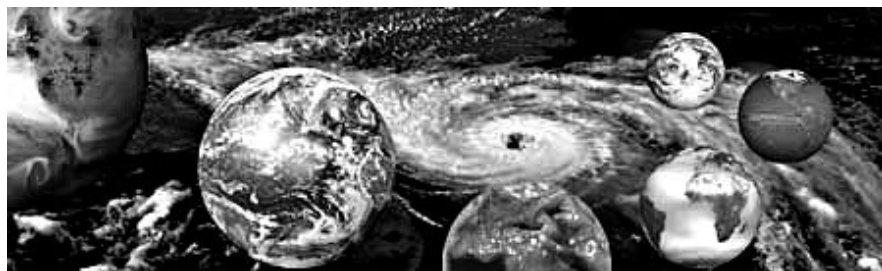
Ein internationales Manifest gegen Huntingtons „Kampf der Kulturen“

Alle Zukunftsentwürfe des alten Jahrhunderts projizierten die Sehnsucht nach Frieden, sozialer Gerechtigkeit und bewahrendem Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen in das 21. Jahrhundert. Begonnen hat das neue Jahrhundert aber wie das alte endete, mit Terror, dem Krieg der Ohnmächtigen, und Krieg, dem Terror der Mächtigen. Die jeweiligen Opfer sind in ihrer Mehrzahl unschuldig. Unschuld, weil nicht persönlich verantwortlich für die Ursachen des Terrors der Mächtigen und des Krieges der Ohnmächtigen. Dem Buch, welches hier besprochen werden soll, ist die Widmung vorangestellt: „Den Unschuldigen, die ums Leben kamen, weil ihre einzige Schuld darin bestand, dass sie anders waren als ihre Mörder.“ Eine derartige Widmung kann sich nur dadurch rechtfertigen, dass ihr Ideen folgen, deren praktische Umsetzung derartige Opfer unwahrscheinlicher und schließlich unmöglich werden lässt.

Viele Menschen fürchten aus guten Gründen, dass der von Samuel Huntington geweisste Kampf der Kulturen bereits begonnen habe. Aber selbst wenn dem so sein sollte, kommt die vom Generalsekretär der Vereinten Nationen Kofi Annan ins Leben gerufene Initiative gerade recht. „Brücken in die Zukunft“ wollen die 20 Autoren des Manifests für den Dialog der Kulturen weisen. Denn schließlich ist das Ziel dieses Appells, dass da lautet „Ausgleich statt Konfrontation“, ohne akzeptable Alternative.

Dieses nun in Buchform vorliegende Manifest geht auf eine Resolution der 53. Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 16. November 1998 zurück, in der der Beschluss niedergelegt ist, das Jahr 2001 zum „Jahr des Dialogs zwischen den Kulturen“ zu erklären. Ausgerechnet das Jahr also, dessen elfter September zum Inbegriff für Huntingtons „Clash of Civilizations“ werden sollte. Jedoch sind weder dieser furchtbare Anschlag noch der seither von den USA geführte Krieg Ausgeburten spezifischer Kultur, sondern Ergebnisse einer von Interessen geleiteten Politik.

Dies zu betonen heißt nicht, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, dass „heute die lokalen Identitäten in ihrer ganzen Verbreitung und Fülle, die sich durch Begriffe wie Ethnizität, Sprache, Herkunft, Religion und Tradition definieren lassen, wieder auferstanden sind als bedeutende Kräfte“. So wenig von der erstarkenden Rückbesinnung auf Reli-



Brücken in die Zukunft. Ein Manifest für den Dialog der Kulturen. Eine Initiative von Kofi Annan. Herausgegeben von der Stiftung Entwicklung und Frieden. S. Fischer Verlag. Frankfurt am Main 2001.

gion und Tradition gerade in den von der Globalisierung tendenziell benachteiligten Schichten und Regionen der direkte Weg in einen „Krieg der Kulturen“ führt, so wenig darf man die Augen davor verschließen, dass „Menschen, die ihr Leben in Furcht vor anderen Kulturen verbringen und für diese kein Verständnis haben, ... eher zu Taten des Hasses, der Gewalt und der Vernichtung gegen einen vermeintlichen „Feind“ neigen als „jene, die sich mit den Kulturen der anderen auseinander setzen und im Austausch über kulturelle Grenzen hinweg etwas über sie lernen“.

Was die 20 Autoren daraus folgernd fordern, ist nicht mehr und nicht weniger als ein Paradigmenwechsel in den internationalen Beziehungen.

Nach Auffassung der Autoren ist das alte Paradigma das des „Entweder – Oder“, des „Wir und die Anderen“. Ausgrenzung war und ist der Kern dieses Paradigmas. Genau wie Grenzen die Souveränität der Nationalstaaten sicherten, entwickelte sich der Begriff „Feind“ zu einem unverzichtbaren Bestandteil eben dieses alten Paradigmas – und zugleich zu einem sehr bequemen, denn „Feind“ ist ein unverzichtbares Werkzeug eines jeden Machtmanagements.

Die Welt des alten Paradigmas kannte viele Grenzen; sie gründete sich zunächst und vor allem auf geografische Ausgrenzungen. Doch daneben gab und gibt es noch viele andere Grenzziehungen: solche der Religion, Kultur, „Rasse“, des Stammes, des Geschlechts.

Die Theorie vom Kampf der Kulturen war ein Versuch, ein neues Feindbild für all jene zu finden – und von denen gibt es viele –, die es als unerträgliche Zumutung empfanden, ohne Feind auskommen zu müssen. Nicht viel anders war der Versuch, „das Ende der Geschichte“ zu erklären, denn damit wurde der Sieg der einen Seite über die andere verkündet. Das waren keine Theorien für den Aufbruch in eine neue Ära, sie setzten den Schlusspunkt unter die alte. Die „Dämonisierung des Anderen“ scheint mit der „Ignoranz dem Anderen gegenüber“ Hand in Hand zu gehen; mehr noch: das eine kann zu dem anderen direkt proportional sein. Grenzen, Ausgrenzung, Feindschaft und Dämonisierung nähren sich alle auf unterschiedliche Weise von Unwissenheit. Es war kein Zufall, dass die Führer

von gestern Wissen monopolisieren wollten, und es ist kein Zufall, dass unsere jüngste Geschichte voller Beispiele ist, wie Wissen verdreht wurde, wie das Rüstzeug des Wissens zerstört und Bildung verweigert wurde. All diesen Übeln des alten Paradigmas liegt letzten Endes genau die Arroganz der Ignoranz zugrunde, die allein zum höchsten Niveau der Arroganz, zur Arroganz der Macht führen kann.

Der Übergang zu einem neuen Paradigma ist für die Autoren nicht voraussetzungslos. Die Überwindung der Feindbilder und der Ausgrenzung, die Bereitschaft zu einem „Dialog der Kulturen“ wächst nicht durch moralische Appelle, wenn gleichzeitig Kriege toben. „Wenn Menschlichkeit uns hilft, Beziehungen zu unseren Mitmenschen einzugehen, dann ist Gerechtigkeit die Methode, diesen Weg in konkretes Handeln umzusetzen. Eine humane Welt ist zwangsläufig gerecht. Ungleichheit der Geschlechter und Rassendiskriminierung sind ungerecht. Desgleichen große Unterschiede im Hinblick auf Einkommen, Vermögen, Privilegien und Zugang zu Gütern, Information oder Bildung.“

Es erinnert an die humanistische Botschaft der „Ringparabel“ Lessings und ist ebenso idealistisch, wenn Kofi Annan schreibt: „Die Menschen können und sollen auf ihren Glauben und ihr kulturelles Erbe stolz sein. Aber wir können in Ehren halten, was wir sind, ohne zu hasen, was wir nicht sind.“ Spätestens seit der „Dialektik der Aufklärungen“ wissen wir um die illusorischen Gefahren eines solch aufklärerischen Ansatzes. Die Skeptiker werden in diesem Wissen gleich das Buch zur Seite legen, wenn sie sehen, wer das Geleitwort für die deutsche Ausgabe geschrieben hat. Das ausgerechnet der Bundesaußenminister Fischer dies durfte, sollte aber dem Buch nicht angelastet werden. Diese zwei Seiten lassen sich ohne Verlust überspringen. Was aber die Aufklärung betrifft: Als die Philosophen und Dichter im 17. und 18. Jahrhundert ihre Ideen an die Öffentlichkeit brachten, sah niemand die französische Revolution, die sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung und den Zusammenbruch der Kolonialreiche voraus. Dürfen wir die Anfänge gering schätzen, bloß weil wir nicht das Ergebnis sehen?gg, *Elmshorner Gegensätze*

21.-23. Juni 2002, Hamburg, Sirenen der Ökonomie, Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung „Schaltjahr 2002 – Rosa-Luxemburg-Stiftung on tour“. Die Konferenz zieht eine politisch-wissenschaftliche Bilanz dieser Zeit: wir analysieren die Wirtschafts-, Haushalts-, Finanz- und Sozialpolitik, fragen, warum und inwiefern ihre Verheißungen griffen und entwickeln alternative Konzepte. Unser Thema also: wie entsteht eine andere Politik. In Zusammenarbeit mit Regenbogen – für eine neue Linke und der Zeitschrift Sozialismus. Termin: 21.6.2002, 17 Uhr bis 22.06.2002. Ort: Universität, Hamburg

Linke Sommerschule in Thüringen

Die Linke Sommerschule findet diesmal vom **25. bis 28. Juli in Eisenach** in neu hergerichteten Räumen der dortigen Jugendherberge statt.

Die genauen Themen der einzelnen Kurse stehen noch nicht endgültig fest, wir werden sie in einer der nächsten Ausgaben veröffentlichen.

Wer dennoch schon sicher weiß, dass er teilnehmen wird, sollte sich rasch anmelden, um die Unterbringung planen zu können.

Anmeldeadresse: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040/43188820, Fax: 040/43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de

30. Juni – 4. Juli, Hamburg: 4. Europäischer Kongress für Friedenserziehung. Veranstalter: Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden. Das Motto lautet: „Die Waffen nieder – eine friedliche Welt ist möglich!“ In Friedenswerkstätten, Workshops, Diskussionsrunden und Ausstellungen werden sich die Teilnehmer/innen damit beschäftigen, was in den Bildungsstätten der europäischen Länder gegen den Krieg und gegen die Bereitschaft, politische Konflikte mit militärischen Mitteln lösen zu wollen, getan werden kann.

30. August bis 1. September: Ein Jahr „Krieg gegen den Ter-

ror“. Hannover, Raschplatzpavillon, Kongress und weitere Aktionen (Filme, Schülerworkshop, Kultur- und Musikveranstaltung) zur Zwischenbilanz des „Krieges gegen den Terror“ und zu friedenspolitisch gebotenen Alternativen zur militärischen Interventionspolitik, u.a. mit Tobias Pflüger, Norman Paech, Arno Klönne. Infos: RaiButen@aol.com

6./7. September, Bochum: Internationale Rosa-Luxemburg-Tagung. Ruhr-Universität, Wissenschaftliche Konferenz der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft zum Thema: Rosa Luxemburg und die Demokratie nach dem Ende des Kalten Krieges, u.a. mit Hermann Weber, Annelies Laschitzka, Narihiko Ito, Ottokar Luban, Helga Grebing. Anmeldung: Prof. Dr. Klaus Tenfelde, Institut für soziale Bewegungen, Clemensstr. 17-19, 44789 Bochum, Fax: 0243/3214249

22. September: Bundestagswahl; Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern

12./13. Oktober 2002, Gera: PDS-Parteitag. Die 1. Tagung des 8. Parteitages der PDS findet am Samstag, den 12. Oktober, und am Sonntag, den 13. Oktober 2002, in Gera statt. Tagesordnung u.a.: Die Aufgaben der PDS nach der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag. Wahl des Parteivorstandes der PDS, Wahlen der Bundesschiedskommission der PDS, der Bundesfinanzrevisionskommission der PDS und der Statutenkommission.

Berlin: DISTOMO – TAG am 10. Juni 2002

Wir gedenken der Opfer der Verbrechen von Wehrmacht und SS-Verbänden Distomo, ein Dorf unweit des antiken griechischen Ortes Delphi, ist seit der Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland durch griechische Opfer von Wehrmachtsverbrechen und der Androhung, das Goethe-Institut in Athen zu pfänden, dem Vergessen entrisen. Am Nachmittag des 10. Juni 1944 wurden 218 Bewohner Distomos von deutschen Soldaten unter dem Vorwand der Partisanenbekämpfung auf unbeschreibliche Art niedergemetzelt. Die Massaker – in Distomo und in über 100 anderen griechischen Orten – waren schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Am gleichen Tag ermordeten deutsche Truppen die Einwohner des französischen Ortes Oradour-sur-Glane und vernichteten das Dorf. Zwei Jahre zuvor – ebenfalls am



publik verweigert bis heute den Dialog mit den Opfern und setzt auf „geräuschlose Entsorgung“ ihrer Entschädigungsforderungen, wie die aktuelle Auseinandersetzung mit den griechischen Forderungen zeigt.

Wir verlangen, dass die Bundesregierung den Forderungen griechischer Opfer und ihrer Hinterbliebenen nach materieller Entschädigung nachkommt! Wir fordern die deutsche Öffentlichkeit

10. Juni – wurde im tschechischen Lidice nach dem Attentat auf Heydrich die erwachsene Bevölkerung ermordet und die Kinder deportiert.

Diese Orte stehen stellvertretend für unzählige Orte in den von Deutschen besetzten Gebieten, in denen Wehrmachts- und SS-Verbände Kriegsverbrechen begangen haben.

auf, sich ihrer Verantwortung aus der deutschen Geschichte zu stellen!

Wir laden ein ins Haus der Demokratie und Menschenrechte:

Montag, 10. Juni 2002 um 19.00 Uhr im Robert-Havemann-Saal: 60 Jahre danach endlich entschädigen! Kein Vergessen den Wehrmachts- und SS-Verbrechen! Podiumsdiskussion mit Martin Seckendorf (Historiker); Dietrich Eichholtz (Wirtschaftshistoriker); Gerhard Fischer (Bundessprecher der VVN-BdA) und Vertreter des Nationalkomitee für die griechischen Entschädigungsforderungen (angefragt). Anschließend: „Distomo – kaltblütiger Mord“ (Film)

Donnerstag, 13. Juni um 19.30 Uhr: Gegen das Vergessen – Das Massaker von Lidice Vortrag von Marit Grimm (Mütter gegen den Krieg) mit anschließendem Gespräch

Veranstaltungsort: Haus der Demokratie und Menschenrechte Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin / nahe Alex, Tram (2, 3, 4) und Bus (200, 142, 257) / „Am Friedrichshain“ Tel.: 030-20165520 / 030-2043506, Fax 030-2041263 www.hausderdemokratie.de Berliner Initiative „Griechenland unterm Hakenkreuz“